

Halbach, Uwe

**Research Report**

## Zentralasien in Bedrängnis: Problematische Reaktionen auf regionale Sicherheitskrisen

SWP-Studie, No. S 35/2001

**Provided in Cooperation with:**

Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), German Institute for International and Security Affairs, Berlin

*Suggested Citation:* Halbach, Uwe (2001) : Zentralasien in Bedrängnis: Problematische Reaktionen auf regionale Sicherheitskrisen, SWP-Studie, No. S 35/2001, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/252400>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

# SWP-Studie

Stiftung Wissenschaft und Politik  
Deutsches Institut für Internationale  
Politik und Sicherheit

*Uwe Halbach*

## Zentralasien in Bedrängnis

Problematische Reaktionen auf  
regionale Sicherheitskrisen

S 35  
Oktober 2001  
Berlin

**Nachweis in öffentlich  
zugänglichen Datenbanken  
nicht gestattet.**

Abdruck oder vergleichbare  
Verwendung von Arbeiten  
der Stiftung Wissenschaft  
und Politik ist auch in Aus-  
zügen nur mit vorheriger  
schriftlicher Genehmigung  
gestattet.

© Stiftung Wissenschaft und  
Politik, 2001

**SWP**

Stiftung Wissenschaft und  
Politik  
Deutsches Institut für  
Internationale Politik und  
Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4  
10719 Berlin  
Telefon +49 30 880 07-0  
Fax +49 30 880 07-100  
[www.swp-berlin.org](http://www.swp-berlin.org)  
[swp@swp-berlin.org](mailto:swp@swp-berlin.org)

Gestaltungskonzept  
Gorbach Büro für  
Gestaltung und Realisierung  
Buchendorf

# Inhalt

## **Problemstellung und Empfehlungen 5**

### **Außen- und Innenseiten der zentralasiatischen Sicherheitskrisen 7**

»Gefahr aus dem Süden«: Rußlands Haltung gegenüber der Sicherheitslage in Zentralasien 9

Islamistische Dynamiken in Zentralasien 12

*Die Islamische Bewegung Usbekistans* 13

*Hezb ut Tahrir* 15

Die sozialökonomische Dimension 18

### **Riskantes Regimeverhalten im innerstaatlichen Rahmen 21**

Ausschaltung politischer Opposition oder Systemkonkurrenz zwischen Säkularismus und Islamismus? 21

Interdependenz repressiver Regimepolitik und gewaltsamer Oppositionsbildung 23

Ideologische, pädagogische und religionspolitische Maßnahmen 25

### **Riskantes Verhalten im zwischenstaatlichen Bereich 29**

Der Druck des afghanischen Konfliktherds 29

Zentralasien zwischen Entgrenzung und Abriegelung 31

### **Neue und alte Grenzkonflikte 33**

**Komplexe Konfliktzusammenhänge: Überlagerung territorialer, ethnischer, religiöser, sozialökonomischer und ökologischer Krisenfaktoren 38**

**Ausblick 40**

**Abkürzungen 41**



### **Zentralasien in Bedrängnis. Problematische Reaktionen auf regionale Sicherheitskrisen**

Das nachsowjetische Zentralasien ist mit seinen Stabilitäts- und Sicherheitsproblemen schon lange vor dem September 2001 ins internationale Blickfeld gerückt. Die dortigen Regierungen heben verstärkt seit 1999 Ausstrahlungen des afghanischen Konfliktherds, islamistische Oppositionsbildung, grenzüberschreitenden Terrorismus und Drogenhandel als entscheidende Bedrohungsfaktoren hervor. Diese Probleme lieferten den Anstoß zu einer Verdichtung der sicherheitspolitischen Beziehungen Rußlands zu Zentralasien und zur Kooperation zwischen Rußland, zentralasiatischen Staaten und China im Rahmen der Mitte 2001 institutionalisierten »Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit«; sie erregten aber auch in Washington und europäischen Hauptstädten Aufmerksamkeit.

Zentralasien ist Teil des OSZE-Raums, wenngleich seine Gesellschaften darin Inseln nichtwestlicher Kultur bilden. Eine weitgehende Destabilisierung der Region hätte Auswirkungen auf große Teile des ehemals sowjetischen Raums. Deshalb kann auch Europa an der Entwicklung in den ihm geographisch und kulturell am weitesten entlegenen sowjetischen Nachbarstaaten nicht vorbeisehen. Von einzelnen Problemen wie dem von Afghanistan ausgehenden Drogenhandel über Zentralasien ist es selbst betroffen. Die zentralasiatischen Staaten bilden zudem den östlichen Abschnitt des Europa benachbarten kaspischen Raums, in dem europäische Staaten nicht zuletzt energiewirtschaftliche Interessen verfolgen.

Europa hat in Zentralasien freilich geringere politische Einflußmöglichkeiten als in anderen Teilen des GUS-Raums. Eine Aussicht auf Mitgliedschaft in europäischen Institutionen besteht für die Staaten dort kaum und kann deshalb nicht als Einflußmedium genutzt werden. Die regionalen Machteliten schotten sich zunehmend gegen westliche Kritik an der regressiven politischen Entwicklung in ihren Staaten ab. Trotz solcher Einschränkungen hat ein Land wie Deutschland, das hohes Ansehen in der Region genießt, sehr wohl Möglichkeiten, auf die Entwicklung in Zentralasien Einfluß zu nehmen.

Kein einzelner externer Akteur war bislang freilich willens und in der Lage, der Region eine substantielle

Sicherheitsgarantie zu geben. Das gilt letztlich auch für Rußland, das unter der Führung von Präsident Putin kollektive Terrorismusbekämpfung zum Kernthema seiner bi- und multilateralen Beziehungen in Zentralasien und seiner Politik im GUS-Raum gemacht hat. Auch gegenüber euro-atlantischen Partnern hob es grenzüberschreitenden Terrorismus in Zentralasien als weltweites Problem hervor. Neben Potential für internationale Kooperation birgt diese Zuspitzung jedoch auch Risiken: eine auf Terrorismus verengte Wahrnehmung sicherheitspolitischer Probleme in Regionen mit vielschichtigen Krisen- und Konfliktursachen oder die Gefahr falscher Signalgebung an Regierungen, deren Politik gegen »religiösen Extremismus« schon bestehende gesellschaftliche Spannungen verschärft hat.

Die – durchaus relevante – Bedrohung durch den afghanischen Konflikttherd und international agierende islamistische Netzwerke trifft das Thema »Zentralasien in Bedrängnis« nur zum Teil. Die Ursachen der Krise liegen zum großen Teil in den zentralasiatischen Staaten selbst. Krisenmanagement müßte hier über das hinausgehen, was lokale Regierungen an Antworten auf nichttraditionelle Sicherheitsrisiken geben und was Anti-Terror-Zentren des GUS-Sicherheitspakts oder der Shanghaier Organisation für regionale Stabilitätswahrung in Zentralasien bewerkstelligen können und wollen.

Die vorliegende Studie untersucht externe und interne Dimensionen der Destabilisierung Zentralasiens und setzt sich mit dem Antwortverhalten der lokalen Regime auseinander. Sie gelangt zu dem Schluß, daß externe Akteure für ein verstärktes stabilitätspolitisches Engagement in dieser Region vor allem folgende Punkte beachten sollten:

- *Gezieltere Ausrichtung entwicklungspolitischer Unterstützung auf Gebiete, die unter besonders starker Verelendung und Isolation leiden:* Das sind häufig jene Zonen der Konfrontation zwischen Staatsgewalt und islamistischen Gruppen und umstrittene Grenzregionen, in denen die Brennpunkte der zentralasiatischen Stabilitätskrise liegen. Hier wächst zum Beispiel die Bedeutung von Nichtregierungsorganisationen (NRO) für das Zustandekommen vertrauensbildender Maßnahmen zwischen ethnischen Gemeinschaften in Grenzregionen und die Bedeutung internationaler Unterstützung dafür. Ansätze zu einer lokal ausgerichteten Kooperation zwischen internationalen Organisationen, der nationalen Regierung, örtlichen Verwaltungsstellen und NROs wurden zum Beispiel in Batken sichtbar, jener

Problemregion Kirgistans, von der 1999 das aktuelle Bedrohungsbild »islamistischer Invasion« nach Zentralasien ausging.

- *Forderung nach und Unterstützung von Maßnahmen zur Verbesserung regionaler zwischenstaatlicher Beziehungen:* Wie gegenüber dem Südkaukasus sollte europäische Politik in Zentralasien die Unabdingbarkeit zwischenstaatlicher Kooperation betonen. Die sicherheitspolitische Rhetorik »gemeinsamer« Bekämpfung der von Afghanistan ausgehenden Sicherheitsrisiken darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß regionale Kooperation im Bereich von Wirtschaft, Infrastruktur und Sicherheitspolitik sehr zu wünschen übrig läßt. Diese Feststellung bezieht sich auch auf Erfordernisse, von deren Vernachlässigung möglicherweise langfristig größere Sicherheitsrisiken ausgehen als von den militanten Aktionen der Islamischen Bewegung Usbekistans (IBU) – zum Beispiel auf das völlig unzureichende regionale Wassermanagement. Die Staaten erheben derzeit Grenzsicherheit zum vorrangigen Stabilitätsdesiderat und bitten westliche Partner um entsprechende technische Hilfe. Allerdings praktizierten sie teilweise eine Politik rücksichtsloser Abriegelung, die jeglicher Kooperation Hohn spricht und zwischenstaatliches Konfliktpotential geschaffen hat.
- *Überprüfung offizieller Bedrohungsbilder:* Die zentralasiatischen Staaten und Rußland rücken seit geraumer Zeit »militanten Islamismus« an die Spitze regionaler Unsicherheitsfaktoren. Eine lückenhafte empirische Grundlage für Aussagen über Ausmaß, Trägerschaft und Effizienz islamistischer Mobilisierung in den fünf Staaten läßt Raum für Über- wie für Untertreibung bei der Einschätzung religiös-politischer Bewegungen. Die Regierungen in Zentralasien sollten zu eindeutiger Unterscheidung zwischen gewaltsamen und gewaltlosen Bewegungen aufgefordert werden. Sie sollten »religiösen Extremismus« nicht als Kampfbegriff zur Bezeichnung von Opposition schlechthin nutzen dürfen, weil deren Unterdrückung dann keiner weiteren Rechtfertigung mehr bedarf. Diese Studie wurde vor dem 11. September verfaßt. Regierungen in Zentralasien wie die in Taschkent werden ihre Unterstützung für die internationale Allianz gegen Terrorismus mit der Rechtfertigung ihres eigenen, teilweise rigiden Vorgehens gegen »religiöse Extremisten« verbinden. Doch gerade nach diesem einschneidenden Datum gilt für die Terrorismusbekämpfung das Gebot der Präzision.

## Außen- und Innenseiten der zentralasiatischen Sicherheitskrisen

Die Überlagerung interner und externer Sicherheitsrisiken, inner- und zwischenstaatlicher Spannungszustände prägt das Erscheinungsbild einer bedrohlichen Stabilitätskrise, mit der Zentralasien internationale Aufmerksamkeit auf sich zieht. Übergangsbedingte Schwächen sowjetischer Nachfolgestaaten in der Region bilden Angriffsflächen für destabilisierende Einflüsse von außen, unter denen die von Afghanistan ausgehende Verbreitung von Terrorismus und Extremismus an erster Stelle genannt wird.

Stand in sicherheitspolitischen Aussagen der zentralasiatischen Staaten zu Beginn der 90er Jahre »Afghanisierung« für den schlimmsten Fall interner Entwicklung, die – sich besonders in Tadschikistan anbahnende – Desintegration sowjetischer Nachfolgestaaten, wurde das Stichwort »Afghanistan« seit der Machtergreifung durch die Taliban zum Hauptnenner für externe Bedrohung. Terroraktionen auf dem Territorium Usbekistans und Kirgistans haben seit 1999 dafür gesorgt, daß zum einen Stabilitätsprobleme dieser Region stärker zur Kenntnis genommen wurden und zum anderen die Entwicklung in Afghanistan stärker im Zusammenhang mit ihrer Ausstrahlung auf umliegende Regionen betrachtet wird. Letzteres steht im Zusammenhang mit der Besorgnis über weltumspannende Aktivitäten terroristischer Organisationen, die unter dem Schutz der Taliban Ausbildungslager und logistische Stützpunkte unterhalten. Die Verbindung internationaler Islamisten zu Afghanistan geht historisch freilich weit hinter das Auftauchen der Talibanbewegung in jene Zeit zurück, in der dort Krieg im Rahmen der bipolaren Weltordnung geführt wurde.

Mit Ausnahme Turkmenistans stellen heute alle zentralasiatischen Staaten vier Themen an die Spitze ihrer Bedrohungsliste: internationalen Terrorismus, Drogenhandel, religiösen Extremismus und die Verstärkung dieser Sicherheitsrisiken durch Ausstrahlung des afghanischen Konfliktherds. Zuvor hatten die fünf Republiken zur Unterstreichung der jeweiligen staatlichen Identität ihre Sicherheitsprobleme unterschiedlich dargestellt. Überraschend war das Einschwenken auf die pauschale Bedrohungsperzeption und alarmistische Politik gegenüber dem Islam im Falle Kasachstans. Das Land gilt im Vergleich zu

seinen südlichen Nachbarn als relativ stabil. Von Afghanistan ist es durch seine mittelasiatische Nachbarschaft – Usbekistan, Tadschikistan, Kirgistan – getrennt. Es bezeichnete sich als immun gegen radikale Formen religiöser oder ethnischer Identifikation und grenzte sich bis vor kurzem von der Islamismus-Phobie ab, die in Usbekistan schon seit Anfang der 90er Jahre die sicherheitspolitischen Aussagen der Machtelite bestimmt. Hatte Kasachstan Gefahren für seine territoriale Integrität anfangs eher im Norden lokalisiert, mit Blick auf seine slawisch besiedelten Nordprovinzen die Hauptstadt dorthin verlegt, und hegt seine Bevölkerung unterschwellige Bedrohungsängste eher gegenüber dem demographisch, wirtschaftlich und militärisch übermächtigen Nachbarn China, sieht die Regierung die nationale und regionale Sicherheit in letzter Zeit vor allem von Süden her bedroht. Konfrontiert mit einer Dominotheorie, wonach die saisonalen Invasionen islamistischer Freischärler aus Afghanistan über Tadschikistan und Kirgistan nun auch seine Südgrenzen durchdringen würden, hat Kasachstan im Jahr 2000 einen südlichen Militärbezirk eingerichtet, seine Militärdoktrin von traditionellen Kriegsszenarien auf hohe Mobilität und die Bekämpfung nichttraditioneller Sicherheitsrisiken umgestellt und für das Haushaltsjahr 2001 seinen Verteidigungsetat verdoppelt (auf 171 Mio. Dollar bzw. 1% seines BIP). Anlässlich der Umwandlung der Shanghai-Fünf-Initiative in die Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit im Juni 2001 nannte Präsident Nasarbajew als einen Hauptgrund für dieses »historische Ereignis« den gemeinsamen Abwehrkampf Rußlands, der zentralasiatischen Staaten und Chinas gegen »den radikalen Islam« und die von Afghanistan ausgehende Gefahr für die Region, »die über immense Natur- und Humanressourcen, aber auch über ein gewaltiges Konfliktpotential verfügt«.<sup>1</sup>

Auffallend ist das Ausgreifen dieser Bedrohungsperzeption auch im Falle Kirgistans. Vor 1999, ehe bewaffnete Einheiten der Islamischen Bewegung

<sup>1</sup> Reuters, 19.6.2001. Zu der genannten Organisation vgl. Gudrun Wacker, Die »Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit«. Eurasische Gemeinschaft oder Papiertiger?, unveröffentlichte Studie, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, August 2001 (S 22/01).



Karte:  
Zentralasien



Quelle: <http://www.reliefweb.int/w/map.nsf/wByRLatest/2A988DA7998BF05585256A1F007ADF5D?Opendocument>.

Usbekistans (IBU) in die Region von Batken einfielen, hatte es die Gefahr einer religiös-politischen Radikalisierung seiner Bevölkerung als gering eingeschätzt und allenfalls auf religiöse Zentren in seinen Südprowinzen und die dortigen usbekischen Minderheiten bezogen. Seit 1999 erwecken gerade kirgisische Behörden den Eindruck einer wachsenden, über lokale islamische Enklaven hinausgreifenden islamistischen Mobilisierung.

Die zentralasiatischen Regierungen stellen sich mit größter Selbstverständlichkeit auf jährlich wiederkehrende »Sommerkriege« im Ferganatal ein. Kirgistan verstärkte seine militärische Präsenz in den Grenz-

gebieten. Waren seine Streitkräfte gegenüber den ersten Einfällen in die Provinz Batken 1999 recht hilflos, wurden im Jahr 2001 Armee-Einheiten an allen denkbaren Invasionsrouten postiert. Das wirtschaftlich schwache, von hoher Außenverschuldung geplagte Land investiert einen bedeutenden Teil seines Haushalts in die Aufstockung und Modernisierung der Streitkräfte. Da ihm jedoch jegliche Grundlagen für eine qualifizierte militärische Ausbildung fehlen, sucht es ausländische Hilfe. Militärisch das schwächste Land in Zentralasien, betreibt Kirgistan eine diversifizierte Sicherheits-Außenpolitik und erschließt sich verschiedene Quellen militärischer

Unterstützung. Amerikanische, russische und türkische Militärspezialisten bildeten im Jahr 2001 kirgisische Soldaten in Methoden der Guerilla-Abwehr im Gebirge aus. China wappnet Kirgistan im Rahmen der Shanghaier Organisation und auf der Grundlage einer bilateralen Kooperationsvereinbarung über Militärlieferung im Umfang von einer Million Dollar für 2001 gegen islamistische Bedrohung. In Bischkek sollen sowohl das Anti-Terrorismus-Zentrum der Shanghaier Organisation als auch eine analoge Einrichtung des GUS-Sicherheitspakts stationiert werden. Die USA sprangen mit Militärlieferung im Umfang von fünf Millionen Dollar bei, die Türkei mit einer Million Dollar.<sup>2</sup> Hauptwaffenlieferant für die zentralasiatischen Staaten blieb Rußland.

Auch Usbekistan ging 2001 mit Gewißheit von einer weiteren Sommeroffensive seines Hauptgegners, der IBU, aus, die dann aber nicht erfolgte – zumindest nicht in bemerkenswertem Ausmaß. Es hat seinen in den vormaligen Invasionsgebieten dislozierten Streitkräften Berufssoldaten zugewiesen, die an moderner westlicher Militärausrüstung ausgebildet wurden. Das revidierte Staatsbudget für 2001 stellt 8% des BIP für Militärausgaben zur Verfügung.<sup>3</sup>

Usbekistan, Kasachstan, Kirgistan und Tadschikistan unterzeichneten im April 2000 im Kooperationsrahmen der Zentralasiatischen Wirtschaftsgemeinschaft einen »Vertrag über gemeinsame Bekämpfung des Terrorismus, des politischen und religiösen Extremismus, der transnationalen organisierten Kriminalität und anderer Gefahren für die Stabilität und Sicherheit der Vertragspartner«. Die Staaten griffen aber über den Rahmen regionaler Kooperation hinaus und riefen zur internationalen Bekämpfung dieser Sicherheitsrisiken auf. Weder die verfügbaren Ressourcen noch die bisherigen zwischenstaatlichen Interaktionen in Zentralasien lassen ein auf regionale Akteure beschränktes Sicherheitssystem als ausreichend erscheinen.

### **»Gefahr aus dem Süden«: Rußlands Haltung gegenüber der Sicherheitslage in Zentralasien**

Das Bild der islamistischen Bedrohung Zentralasiens und darüber hinaus weiter Teile Eurasiens wurde am stärksten von Rußland propagiert. Präsident Putin

machte die Aufforderung zu gemeinsamen Anstrengungen bei der Bekämpfung international agierender islamistischer Terrornetze zu einem vorrangigen Thema seiner Außen- und Sicherheitspolitik, dies sowohl innerhalb der GUS, als auch im Umgang mit den USA, China und westeuropäischen Partnern. Nach dem Revirement in den sicherheitspolitischen Ressorts Rußlands vom März 2001 wurde diese Aufforderung noch verstärkt. Der neue Sekretär des Sicherheitsrats und ehemalige Innenminister Ruschajlo dazu: »Der internationale Terrorismus und andere Manifestationen des gewalttätigen Extremismus stellen die größte Gefahr für die internationale Gemeinschaft dar. Diese Gefahr wird derzeit am deutlichsten in der zentralasiatischen Region sichtbar.« Sie erzwingen es, ein funktionsfähiges Sicherheitssystem für die Region zu schaffen, das seinerseits zur »wichtigsten Komponente für eine militärisch-politische Integration im Rahmen des Kollektiven Sicherheitsvertrags [der GUS, U.H.]« werden müsse.<sup>4</sup>

Einen Bogen zwischen der globalen Bedrohungsdimension islamistischer Terrornetze und ihrer gegenwärtigen Verdichtung in der Region schlugen auch amerikanische Quellen lange vor dem 11. September, wenn sie auf die Aktionszentren Osama bin Ladens in Afghanistan eingingen. Da in afghanischen Trainingslagern auch Aktivisten der uighurischen Nationalbewegung gesichtet wurden, schwenkt China ebenfalls auf diese Bedrohungsperzeption ein. Rußland schlägt den Bogen nach Afghanistan mit dem Hinweis auf Querverbindungen zwischen den Taliban und »tschetschenischen Rebellen«. Um die 500 tschetschenische Kämpfer sollen laut Unterlagen, die Moskau im April 2001 beim Sanktionskomitee des VN-Sicherheitsrats einreichte, in Trainingslagern Afghanistans militärisch ausgebildet werden.<sup>5</sup> Nach dem 11. September 2001 hieß es dann: Die russische Regierung habe Washington in den vergangenen zwei Jahren angeblich Beweise für die Ausbildung von mehr als 2600 tschetschenischen Kämpfern in Afghanistan vorgelegt.<sup>6</sup> In Darstellungen zur Entwicklung in Tschetschenien hoben regierungsabhängige Medien Rußlands hervor, daß sich die Führung auf der gegnerischen Seite immer stärker zu radikal-islamistischen Kräften mit Verbindungen zu den Taliban verlagert habe. Solche Mitteilungen zu Tschetschenien mußten

<sup>4</sup> Interfax, 26.4.2001.

<sup>5</sup> Interfax, 24.4.2001.

<sup>6</sup> Gazeta.ru-Website vom 27.9.2001, zit. in: Jamestown Monitor, 7 (27.9.2001) 17.

<sup>2</sup> Jamestown Monitor, 7 (26.6.2001) 122.

<sup>3</sup> Ebd., (13.6.2001) 114.

freilich vor dem Hintergrund deutlich nachlassender Zustimmung der russischen Öffentlichkeit zur Weiterführung militärischer Aktionen im Nordkaukasus gesehen werden.

Moskau nahm 2001 die Sicherheitslage in Zentralasien vor allem zum Anlaß, den erodierten, auf sechs Mitglieder zusammengeschrumpften kollektiven Sicherheitsvertrag der GUS wieder mit Leben zu füllen und die militärpolitische Integration im GUS-Raum wieder voranzutreiben.<sup>7</sup> Die Festigung des Sicherheitspakts um einen zentralasiatischen Operationskern herum fand ihren Höhepunkt mit dem Rat kollektiver Sicherheit (Gipfel der Mitgliedstaaten des kollektiven Sicherheitsvertrags) in der armenischen Hauptstadt Erivan am 25. Mai 2001. Dort beschlossen die Präsidenten Rußlands, Armeniens, Weißrußlands, Kirgistans, Kasachstans und Tadschikistans, eine kollektive *schnelle Eingreiftruppe* für Zentralasien und bilaterale Eingreiftruppen Rußlands und Armeniens im Kaukasus sowie Rußlands und Weißrußlands im Westen der GUS aufzustellen. In einer gemeinsamen Erklärung betonten die sechs Präsidenten, daß besonders die Entwicklung in Zentralasien die Festigung kollektiver Sicherheitsstrukturen notwendig mache. Die zentralasiatische Eingreiftruppe mit Kontingenten Kirgistans, Tadschikistans, Kasachstans und Rußlands (Teile der in Tadschikistan stationierten 201. Division) sollte etwa 1300 Soldaten umfassen. Ihre Aufstellung wurde für August 2001 vorgesehen.<sup>8</sup>

An der multilateralen Sicherheitskooperation im Rahmen der GUS beteiligte sich allerdings der bevölkerungsreichste und militärisch bedeutsamste Staat Zentralasiens nicht. Usbekistan ist 1999 aus dem sieben Jahre zuvor in seiner Hauptstadt abgeschlossenen kollektiven Sicherheitsvertrag ausgetreten. Ausländische Diplomaten und usbekische Kommentatoren äußerten den Verdacht, Moskau nutze die Sicherheitskrise Zentralasiens und das Thema Afghanistan für seine strategischen Ziele in der Region, und zwar in erster Linie für die Rückführung Usbekistans in einen von Rußland dominierten Rahmen sicher-

heitspolitischer Kooperation. Es wurde sogar kolportiert, Invasionen der IBU ins Ferganatal kämen Rußland nicht ungelegen und sein Grenzschutz schließe bei seiner Wacht am Pamir gegenüber dem grenzüberschreitenden Pendelverkehr von Freischärlern die Augen. Solchen Spekulationen steht allerdings entgegen, daß Rußland mit Usbekistan auf bilateraler Ebene sicherheitspolitisch sehr wohl kooperiert und in ihm das Schlüsselland für regionale Stabilität in Zentralasien sieht. Es förderte besonders Usbekistans Aufnahme in die Shanghaier Organisation. Gleichwohl bedauern russische Kommentatoren, daß sich Taschkent dem kollektiven Sicherheitsvertrag der GUS nicht wieder angeschlossen hat.<sup>9</sup>

Die Themen Terrorismus, Extremismus und Separatismus waren ausschlaggebend für die Intensivierung sicherheitspolitischer Kooperation im Rahmen der Gruppe der Shanghai Fünf, einer aus vertrauensbildenden Maßnahmen und Demarkationsprozessen entlang der ehemaligen sino-sowjetischen Grenze hervorgegangen regionalen Initiative zwischen Rußland, China, Kasachstan, Kirgistan und Tadschikistan. Am 18. April 2001 beschlossen die Generalstabschefs der fünf Länder im sogenannten Protokoll von Bischkek ein gemeinsames Anti-Terrorismus-Zentrum, das als Hauptquartier zur Planung von Operationen gegen den Terrorismus in der Region dienen und mit Stabsoffizieren der Mitgliedsländer besetzt werden soll. Auf dem letzten Gipfel in Shanghai am 14./15. Juni 2001 ging man noch einen Schritt weiter: Es wurde die schon erwähnte Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit ins Leben gerufen, zu deren Gründungsmitgliedern nun auch Usbekistan gehört und in deren Rahmen erstmals seit der sino-sowjetischen Entfremdung zu Beginn der 60er Jahre Rußland und China auch militärisch zusammenarbeiten wollen.

Rußland wirbt seit 1999 verstärkt für internationale Aufmerksamkeit gegenüber dem »alten Krieg« in Afghanistan und »neuen Kriegen« in dessen Nachbarschaft. Mit der Bekämpfung dieser Entwicklung bietet sich den ungleichen Großmächten USA, Rußland und China ein gemeinsames Thema an. Denn auch Sicherheitsexperten und hohe Repräsentanten der amerikanischen Regierung wie die damalige Außenministerin Albright haben seit den ersten Kämpfen im Ferganatal die zentralasiatischen Staaten verstärkt besucht, um sich vor Ort zu informieren. Im Jahr 1999 gewährte

7 Mar'jam Arumova, Rossijsa i gosudarstva Central'noj Azii: sotrudničestvo v sfere bezopasnosti [Rußland und die Staaten Zentralasiens: Kooperation auf dem Sicherheitssektor], in: Central'naja Azija i Kavkaz, (2001) 2, S. 46-55.

8 Creation of rapid deployment force marks potential watershed in collective security treaty development, in: Eurasia Insight, 30.5.2001, <http://www.eurasianet.org/departments/insight/articles/eav053001.shtml>; Interview mit dem Generalsekretär des Rats kollektiver Sicherheit, Valerij Nikolajenko, in: Nezavisimaja gazeta, 6.7.2001.

9 Rossijsa-Uzbekistan: nastupaet epoha potepenija [Rußland-Uzbekistan: Am Beginn einer Epoche der Erwärmung], in: Nezavisimaja gazeta, 5.5.2001.

Washington der Region 7,15 Mio. Dollar Militärhilfe im Rahmen von IMET (Internationally Military Education and Training) und PFP (Partnership for Peace), für das Haushaltsjahr 2000 wurde eine Summe von 6,30 Mio. Dollar dafür geplant.<sup>10</sup> Im April 2000 kündigte die US-Regierung an, ihre Kooperation mit Usbekistan zur Verbesserung der Grenzsicherheit in Zentralasien auszuweiten. Mit Moskau entwickelte Washington einen Dialog über die Eindämmung der von Afghanistan ausgehenden Sicherheitsrisiken. Der Kommandeur des US Central Command teilte im Mai 2001 mit, man werde mit Usbekistan Geheimdienst-erkenntnisse über Subversionsbasen in Afghanistan austauschen und eng bei der Bekämpfung von Terrorismus und Drogenschmuggel kooperieren. Mit ihrem Engagement in Zentralasien stünden die USA nicht in Konkurrenz zu Rußland.<sup>11</sup> Amerikanische Unterstützung für die zentralasiatischen Regierungen wurde auch in Rußland in letzter Zeit weniger in einen Rivalitätskontext eingeordnet (Great Game) als in einen Kooperationszusammenhang, wenngleich russisches Mißtrauen gegenüber westlichen Akteuren im kaspischen Raum noch nicht überwunden ist.

Seit Beginn des zweiten Tschetschenienkriegs, der mit den ersten Guerilla-Aktivitäten der IBU in Mittel-asien zeitlich zusammenfiel, stellt sich Rußland verstärkt als ein Bollwerk der säkularisierten, zivilisierten Welt gegen den »internationalen Islamismus« dar. Man kämpfe gegen einen »weitgespannten Bogen des islamistischen Extremismus« und bilde in Hinsicht auf das im Zusammenhang mit Zentralasien am zweithäufigsten genannte Sicherheitsrisiko »Europas vorderste Verteidigungslinie gegen den Drogenschmuggel«.<sup>12</sup> Der laut Putin »von Malaysia bis Bosnien« gespannte islamistische Krisenbogen ragt angeblich schon in zentrale Regionen Rußlands hinein. Astrachan, Ufa und Kasan an der Wolga tauchen in russischen Quellen als Objekte entsprechender Unterwanderung auf. In den Medien häuften sich alarmistische Meldungen über die Umtriebe von »Wahhabiten«, die von der kaukasischen Peripherie Rußlands längst auf zentrale Landesteile übergreifen hätten.

Unwiderrprochen bleiben solche Bedrohungsbilder allerdings auch in Rußland nicht. Vor einer politischen Fehleinschätzung der »Islamismusgefahr« als

eines importierten Sicherheitsrisikos warnte zum Beispiel der russische Islamexperte Malaschenko: »Diese Sichtweise wird vom gesamten politischen Establishment Rußlands geteilt. Natürlich liegt sie besonders im Interesse der Militärs, die sich als erste in den Kampf gegen den militanten Islamismus warfen und diesen als einen enormen globalen Feind präsentieren, der von allen Seiten auf das arme Rußland einwirkt. Und sie ist profitabel für Putin und seine Umgebung, weil sie Rußland als einen demokratischen Staat in vorderster Front gegen die Gegner der Demokratie präsentiert.«<sup>13</sup> In Zentralasien, so Malaschenko, kämpften Islamisten gegen »herrschende Eliten, die ihren elementarsten Verpflichtungen gegenüber ihren Völkern nicht nachkommen«. Die Weigerung dieser Eliten, islamische Kräfte an der Politik teilhaben zu lassen, führe zu einer an sowjetische Verhältnisse erinnernden Religionspolitik. Dagegen seien in Tadschikistan Islamisten in die Regierung integriert worden, die weder eine anti-russische Politik noch die forcierte Durchsetzung des islamischen Staates verfolgten.<sup>14</sup>

Andere russische Kommentare warnten: Die wachsende Neigung der zentralasiatischen Staaten, ihre Sicherheitsprobleme auf externe Bedrohung abzuschieben, und die Unterstützung entsprechender Perceptionen durch Rußland führen zu gravierenden Fehlern in der sicherheitspolitischen Analyse. Moskau übernehme nicht nur, sondern verstärke noch solche externalisierten Bedrohungsbilder, weil es – wie auch der Westen – kein Rezept für die Lösung der Transformationsprobleme in der Region habe. Es sei zudem Opfer seiner eigenen Deutung des Konflikts mit Tschetschenien und der Entwicklungen im Nordkaukasus geworden, weil es zur Legitimation seiner »Anti-Terror-Operation« gegen die tschetschenischen Separatisten das Auftreten internationaler islamischer Extremisten übermäßig herausstelle.<sup>15</sup> Die Quellen der Destabili-

13 Zitiert in: TCA on the Web, 24.5.2001, www.times.kg.

14 Interview mit A. Malaschenko in: Vek, 10.8.2001.

15 In einem Bericht der Abteilung für den Kampf gegen das organisierte Verbrechen im Innenministerium Rußlands im Sommer 2000 heißt es: In den militanten »Bandenformationen« in Tschetschenien sei nur ein Viertel der Kämpfer tschetschenischer Nationalität. Der größere Teil setze sich aus Söldnern aus 15 Ländern zusammen. Die Kampfformationen würden von mehr als 60 extremistischen islamischen Organisationen aus 30 Ländern unterstützt, seien bestens ausgebildet und in Lagern religiöser Extremisten auf Diversionen- und Terroraktionen vorbereitet worden. Allein in Afghanistan existierten neun Lager, in Pakistan zehn Schulungszentren. Ähnliche Lager befänden sich in Albanien, Libanon und

10 US Department of State, Congressional Budget Justification for Foreign Operations, Fiscal Year 2001, Washington: GPO, 15.3.2000.

11 Trans Caspian project. Information Analytical Server, 21.5.2001, www.transcaspian.ru.

12 Zitat in: Jamestown Monitor, 7 (13.6.2001) 114.

sierung lägen für Rußlands Verhältnis zu seiner eigenen islamischen Peripherie im Kaukasus jedoch überwiegend im eigenen Verantwortungsbereich. Dasselbe gelte für die zentralasiatischen Regime in Hinsicht auf Destabilisierungsprozesse in ihren Gesellschaften. Während die Wiedergeburt des Islam ein unvermeidbares Produkt der Retraditionalisierung nach dem Zerfall der Sowjetunion darstelle, tauche der politisch-religiöse Extremismus vorwiegend im Zusammenhang mit der Unfähigkeit der Regime auf, der Bevölkerung Perspektiven zu bieten. Die übertriebene Einschätzung externer Gefahren führe dazu, daß man auf die relevanteren endogenen Probleme nur begrenzt einwirkt. Der ausschließliche Einsatz militärischer Gewalt gegen Terroristen habe stets nur begrenzte Wirkung. Zudem gebe es keine vollständige Übereinstimmung darüber, wer als Terrorist zu betrachten ist.<sup>16</sup>

Russische Analysten bezweifelten, daß Moskau mit dem Mantra der Terrorismusbekämpfung eine Festigung des GUS-Sicherheitssystems erreichen könne. Bislang sei von militärischen Initiativen unter GUS-Ägide wie den multilateralen Friedenstruppen in Tadschikistan (mit Kontingenten Rußlands, Usbekistans, Kasachstans und Kirgistans) oder in Abchasien stets nur das Engagement Rußlands übrig geblieben. Man bezweifelt, daß die »kollektive Eingreiftruppe« mit einer nennenswerten Beteiligung der betroffenen zentralasiatischen Staaten wirklich zustande komme. Kollektive Militärarrangements könnten keinesfalls den Aufbau effektiver nationaler Streitkräfte ersetzen.<sup>17</sup> Doch genau da hapert es am meisten. Die Staaten stellen ihre Militärdoktrin auf neue sicherheitspolitische Herausforderungen unter materiellen und persönlichen Bedingungen um, die schlechter nicht sein

Bosnien. Solche Lager entstünden aber in zunehmendem Maße entlang der schlecht gesicherten Südgrenzen Rußlands im Kaukasus und in Zentralasien; *Nezavisimaja gazeta*, 9.8.2000. Gegen solche offiziellen Darstellungen einer »islamistischen Internationalisierung« des Tschetschenien-Konflikts wendet der Islam- und Nordkaukasusexperte Vladimir Bobrovnikov ein: »An beiden Tschetschenien-Kriegen haben sich ausländische 'Mudschahedin' in geringem Ausmaß beteiligt. Die finanzielle Unterstützung nordkaukasischer 'Wahhabiten' wird in den Medien Rußlands stark übertrieben« (*V. Bobrovnikov, Islam na postsovetском Severnom Kavkaze: Mify i realii* [Islam im postsowjetischen Nordkaukasus. Mythen und Realitäten], <http://pubs.carnegie.ru/books/2001/07am2/03vb.asp>).

<sup>16</sup> Dmitrij *Trenin* [Moscow Carnegie Center], PONARS Memo, No. 168, zitiert in: *Turkistan Newsletter*, 29.11.2000.

<sup>17</sup> Aleksandr *Umnov* in: *Nezavisimaja gazeta*, 8.6.2001.

könnten. Halbwegs qualifizierte Offiziere haben ein Land wie Kasachstan scharenweise verlassen. Ganze Armee-Einheiten haben seit Monaten keinen Sold mehr erhalten. Junge Männer umgehen massenweise den Militärdienst durch Freikauf, zumal in den Armeen sowjetischer Nachfolgestaaten die Mißhandlung von Rekruten nach wie vor gang und gäbe ist.

## Islamistische Dynamiken in Zentralasien

Die Fokussierung der Berichterstattung über Zentralasien auf die islamistische Bedrohung seit 1999 hebt sich von früheren Einschätzungen des Potentials für eine radikale Politisierung des Islam in der Region deutlich ab. Noch im Jahr 1996 gelangten Teilnehmer einer internationalen Konferenz in Taschkent zu dem Urteil, daß einem militanten Islamismus in den nachsowjetischen Gesellschaften Zentralasiens eher geringe Entwicklungsperspektiven beschieden seien. In den folgenden Jahren tauchten dann aber verstärkt Hinweise auf »wahhabitische« Aktivitäten im Ferganatal und im Nordkaukasus auf. »Wahhabismus« wurde in russischen und zentralasiatischen Quellen zum Generalnenner für extern beeinflusste islamistische Tendenzen in Eurasien. Der diffus verwendete Terminus konnotiert missionarischen Einfluß aus Saudi-Arabien und anderen Teilen der islamischen Welt (Pakistan u.a.), eine extrem puritanische Orientierung an frühislamischen Vorbildern und andere Merkmale des religiösen Fundamentalismus sowie politische Ausrichtung auf den »islamischen Staat«.

Seit den ersten Invasionen der IBU ins Ferganatal 1999 hat sich bei der Darstellung der islamistischen Herausforderungen zweierlei geändert: Zum einen greift die Bedrohungsperzeption, die »religiösen Extremismus« in den Mittelpunkt rückt, auf Länder über, die ihr gegenüber bis dahin zurückhaltend waren; zum anderen ist die Terminologie, mit der »Islamismus« bezeichnet wird, differenzierter geworden. Wurde die Etikettierung »Wahhabiten« den so bezeichneten Gruppen zumeist von außen auferlegt, traten nun zwei Eigenbezeichnungen von Gruppierungen in den Vordergrund, die tatsächlich die islamistische Mobilisierung in Teilen Mittelasiens überwiegend tragen: Islamische Bewegung Usbekistans und Hezb ut Tahrir al Islami (Partei der islamischen Befreiung). Die erste wird vorwiegend mit terroristischen Aktionen, saisonalen Invasionen ins Ferganatal, dem Bestreben nach Sicherung von Drogenrouten vor staatlichem Zugriff und der Bekämpfung der Regierung Usbeki-

stans in Verbindung gebracht, die zweite mit einer ideologischen Offensive gegen die »heidnischen«<sup>18</sup> Verhältnisse in der Region. Daneben finden sich Namen kleinerer Gruppen in den Quellen, zum Teil bekannt aus einer früheren Phase religiöser Mobilisierung (in den usbekischen Teilen des Ferganatal 1991/92).<sup>19</sup>

Als »extremistisch« wurden praktisch alle den Staats- und Religionsbehörden radikal erscheinenden, weil außerhalb ihrer Kontrolle auftretenden Islambewegungen klassifiziert – unter ihnen eine zweifellos terroristische Gruppierung wie die IBU, aber auch Organisationen und Bewegungen, für die der Nachweis terroristischer Aktivität nicht erbracht werden konnte. Typisch ist in dieser Hinsicht folgende Mitteilung in der Presse Kasachstans, die vor einer Zunahme »religiösen Extremismus« im Süden des Landes warnt: In den letzten Jahren seien viele Moscheen ohne Genehmigung des Geistlichen Direktorats der Muslime Kasachstans gebaut und in Betrieb genommen worden. Dies führe zu »illegalen religiösen Riten«, die von der lokalen Bevölkerung ohne Billigung des Mufti (Leiter des Geistlichen Direktorats) vollzogen würden. Regierung und Muftiat müßten eine effektive Barriere gegen den Islamismus errichten.<sup>20</sup>

### Die Islamische Bewegung Usbekistans

Als Scharnier zwischen externen und internen Sicherheitsrisiken wird vor allem die IBU identifiziert. Bei ihren militärischen Aktionen im Ferganatal 1999 und 2000 trat sie als eine gegen die Regierung Usbekistans gerichtete Formation auf, die von Rückzugsstellungen in unkontrollierten Landesteilen Tadschikistans und Basen in Afghanistan aus operierte und sich aus usbekischen Islamisten, die vor staatlicher Verfolgung nach Tadschikistan und Afghanistan geflohen waren, zusammensetzt. Sie wurde einerseits von der repressiven Innenpolitik Usbekistans geformt, andererseits von den Wirren in Tadschikistan und Afghanistan.

Im Jahr 2001 konstatierten einige Beobachter ihre

angebliche Entwicklung zu einer pan-zentralasiatischen Bewegung, die ihre Anhängerschaft aus unzufriedenen Bevölkerungsgruppen verschiedener Nationalität rekrutiert und gegen die nachsowjetische politische Ordnung in der gesamten Region auftritt. Als Manifestation dieses Trends wurde ihre Umbenennung in »Islamische Partei Turkestans« angegeben. Damit solle eine Erweiterung ihrer Strategie vom Regierungsumsturz in Usbekistan auf eine »Re-Islamisierung« Zentralasiens einschließlich »Ostturkestans«, das heißt der unter chinesischer Herrschaft stehenden Autonomen Provinz Xinjiang-Uighur, ausgedrückt werden. Die Partei ziele zunächst darauf, als ein Koordinationszentrum für die Aktivitäten ausländischer islamistischer Formationen in Afghanistan zu fungieren.<sup>21</sup> Doch diese Mitteilung ist beispielhaft für die Unsicherheit, von der die meisten Informationen über islamistische Netzwerke in der Region geprägt sind. Ein Hauptsprecher der IBU bestätigte in einem Interview mit dem usbekischen Dienst von Radio Free Europe zwar, daß seine Organisation über einen usbekischen Mitgliederstamm weit hinausgehe, widersprach aber ihrer Umbenennung und der Erweiterung ihrer Kampfziele: »Wir haben nur einen Gegner, das Taschkenter Regime. Unseren Namen haben wir nicht geändert.«<sup>22</sup>

Die Operationsziele lagen 1999 und 2000 vor allem im Ferganatal und benachbarten Regionen, wo unter einer in hohem Maße arbeits- und orientierungslosen jugendlichen Bevölkerung günstige Bedingungen für die Rekrutierung von Mitgliedern bestehen. Da wird ein Lehrer aus Batken in Südkirgistan mit den Worten zitiert: »Es ist überall dasselbe – die Dörfer werden von den jungen Männern verlassen, die entweder auf Arbeitssuche nach Rußland gehen oder sich Naman-goni [militärischer Führer der IBU, U.H.] anschließen, weil der sie bezahlt.«<sup>23</sup> Die IBU, deren Rekrutierungsmethoden russischsprachige Quellen gerne mit dem Terminus »Dollar-Islam« kennzeichnen, genießt laut Aussage russischer, zentralasiatischer und westlicher Geheimdienstquellen die finanzielle und logistische Unterstützung der Taliban,<sup>24</sup> weltweit agierender

**18** »Heidnisch« denunziert in diesem Zusammenhang die politischen Machtverhältnisse (Kontinuität staatlicher und geistlicher Machteliten, die als »kommunistisch« und damit delegitimiert angesehen werden) ebenso wie die kulturellen und religiösen Verhältnisse (vor- und außerislamische Elemente in der Volksreligiosität).

**19** Hier werden Namen wie folgende genannt: Tovba (Reue), Nur (Licht), Tabligh (Überzeugung), Adolat (Gerechtigkeit), Uzun Soqol (Langbart), Islom Lashkari (islamische Armee).

**20** Megapolis, 4.4.2001; Times of Central Asia, 11.4.2001.

**21** RIA Novosti, 21.5.2001; Times of Central Asia on the Web, 21.5.2001.

**22** Turkistan Newsletter, 7.6.2001.

**23** Eurasia Insight, 3.4.2001, www.eurasianet.org.

**24** Die Taliban gaben im Dezember 2000 bei Verhandlungen mit dem usbekischen Außenminister im pakistanischen Islamabad zu, der Bewegung Rückendeckung zu geben und ihre Führer in Afghanistan zu beherbergen. Sie verweigerten Taschkent die Auslieferung der in Abwesenheit zum Tode ver-

islamistischer Organisationen sowie der usbekischen Diaspora in Saudi-Arabien. Daß zu den Unterstützern Osama bin Ladin gehört, war ein Hauptgrund dafür, daß Washington sie im September 2000 auf die Liste der gefährlichsten ausländischen Terrororganisationen setzte. Die IBU wird danach zu den mehr als zwanzig islamistischen Organisationen gezählt, die in die um Bin Laden rankenden terroristischen Netzwerke verstrickt sind (Organisationen wie die ägyptische Gamaa-al-Islamija, die algerische GIA, die jemenitische Dscheisch Aden, die philippinische Abu Sayyaf, die Kaschmir-Befreiungsfront u.a.). Sie wurde nach dem 11. September 2001 in besonderer Weise hervorgehoben. Präsident Bush erwähnte die IBU zusammen mit dem ägyptischen Islamischen Jihad, den Taliban und Bin Ladens eigener Organisation al-Qaida in seiner Ansprache an den Kongreß am 20. September 2001 – in dem offensichtlichen Bestreben, Usbekistan als strategisches Schlüsselland in Zentralasien in die Abwehrfront gegen den internationalen Terrorismus einzubinden. Mit internationalen, über Mittelasien hinausgreifenden Terroraktionen konnte die IBU bislang freilich nicht in Verbindung gebracht werden.

Angaben zu ihrer militärischen Stärke reichen von einigen hundert bis zu einigen tausend Kämpfern. Der pakistanische Journalist und Afghanistanexperte Rashid schätzt die Zahl der in Afghanistan – besonders in Mazar-i-Sharif und Kunduz – stationierten IBU-Truppen auf 3000.<sup>25</sup> Auf »nicht mehr als 300 Mann« beziffert sie dagegen der neuerdings in Afghanistan wieder aktiv gewordene usbekische General und »Warlord« Dostam in einem Interview mit dem Spiegel.<sup>26</sup> IBU-Truppen operierten bei ihren Einfällen ins Ferganatal im Sommer 1999 und 2000 in kleinen Einheiten (30–50 Mann) und waren an Mobilität und Kampfmotivation ihren Gegnern nach Aussage der

urteilten IBU-Führer Dschuma Namangoni und Tohir Joldaschew mit dem Hinweis auf die Heiligkeit des Gastrechts. Die Gegenleistung der IBU und anderer islamistischer Organisationen, die unter dem Schutz der Taliban stehen, besteht angeblich in der Beteiligung an militärischen Operationen ihrer Gastgeber gegen deren Gegner. Allerdings widersprach auch in diesem Punkt der oben zitierte Sprecher der IBU: »Wir folgen unseren eigenen Zielen, und die Taliban kennen diese Ziele. Aber IBU-Mitglieder kämpfen nicht mit den Taliban Seite an Seite« (Turkistan Newsletter, 7.6.2001).

<sup>25</sup> Ahmed *Rashid* in Norwegian National Television News, 15.9.2001; zit. in: Central Asian Perspectives on 11 September and the Afghan Crisis. ICG (International Crisis Group) Central Asia Briefing, Osh/Brüssel, 28.9.2001, S. 5.

<sup>26</sup> Der Spiegel, (15.10.2001) 42, S. 162.

meisten Beobachter überlegen. Eine ernsthafte militärische Herausforderung bilden sie aber allenfalls für ein Land wie Kirgistan, dessen Streitkräfte bei der Bekämpfung der Insurgenten in der Provinz Batken 1999 überfordert waren. Der ehemalige britische Botschafter in Usbekistan sagte zur Stärke der Guerilla: »Numerically, they don't amount to a row of beans.« Um zu einer ernststen Gefahr für die lokalen Regierungen zu werden, müßte die Bewegung ihre Unterstützungsbasis in der lokalen Bevölkerung erheblich ausweiten. »I really don't see that happen.«<sup>27</sup> Der Sekretär des nationalen Sicherheitsrats Usbekistans machte zur Stärke der IBU im Dezember 2000 folgende Angaben: »Die IBU ist in der Lage, Sabotage- und Terroraktionen auf dem Territorium Usbekistans durchzuführen, aber sie stellt nicht jene Bedrohung dar, über die in den Massenmedien verschiedener Länder berichtet wird, wo es zum Beispiel heißt, Usbekistan stehe am Rande eines Krieges.«<sup>28</sup> Er reagierte mit dieser – im Widerspruch zu anderen usbekischen Angaben zur islamistisch-terroristischen Herausforderung stehenden – Bemerkung auf Berichte in den Medien Rußlands und Kasachstans, die einer Dominotheorie über die Ausweitung islamistischer Guerilla über ganz Zentralasien und Eurasien folgten. Solche Berichte entsprechen vor allem dem Interesse Moskaus, Usbekistan in den kollektiven Sicherheitsrahmen der GUS zurückzuführen. In Aussagen usbekischer Stellen wurde die IBU oft stärker mit Banditentum, Drogenhandel und Terrorismus assoziiert als mit einem revolutionären Islamismus, dem ernsthaft ein Umsturz der politischen Machtverhältnisse zuzutrauen wäre. Trotzdem versetzte Taschkent die usbekischen Streitkräfte im Frühjahr 2001 in erhöhte Kampfbereitschaft für den als fast sicher antizipierten Fall erneuter Sommeroffensiven der IBU. In den beiden von Insurgenten im Vorjahr heimgesuchten Regionen wurden Truppen des Innenministeriums konzentriert, Kontrollposten vermehrt, Bevölkerungsgruppen, besonders tadschikischer Nationalität, zwangsevakuert und Schutztruppen der lokalen Bevölkerung mobilisiert.

Die IBU bringt besonders Tadschikistan in Schwierigkeiten, denn es wird von den Nachbarn beschuldigt, Terroristen zu beherbergen. Dies hat zur Verschärfung der ohnehin angespannten Beziehungen zwischen Taschkent und Duschanbe beigetragen. Der

<sup>27</sup> Zitiert in: Turkistan Newsletter, 8.5.2001.

<sup>28</sup> Zitiert von Galina *Bukharbaeva* in: Reporting Central Asia/RCA (London: Institute for War and Peace Reporting [IWPR]), No. 32, 5.12.2000, online: www.iwpr.net.

Vorwurf, die Truppen Namangonis hätten ihr Rückzugsgebiet in entlegenen Bergtälern Tadschikistans, fügt dem ökonomisch geschwächten, vom Krieg zerstörten Land durch Be- oder Verhinderung des Grenzhandels mit den Nachbarländern zusätzlichen wirtschaftlichen Schaden zu. Tatsächlich ist die IBU auch ein Produkt des tadschikischen Bürgerkriegs und des nachfolgenden Friedensprozesses. Usbekische Islamisten, die vor staatlicher Verfolgung aus ihrem Heimatland nach Tadschikistan flohen und dort den bewaffneten Formationen der Opposition beitraten, schlugen sich nach dem Friedensvertrag von 1997 auf die Seite der Friedensgegner. Es gilt als relativ sicher, daß Einheiten der IBU Rückzugsgebiete in unzugänglichen Tälern des Pamirgebirges haben, auch wenn Duschanbe kategorisch behauptet, daß sich keine terroristischen Basen auf tadschikischem Territorium befänden. Dabei wird darauf hingewiesen, daß zwischen Afghanistan und Tadschikistan hin und her pendelnde IBU-Abteilungen wiederholt die Grenzposten Rußlands an der tadschikisch-afghanischen Grenze passiert hätten. Dem darin versteckten Vorwurf, Rußland dulde diesen Pendelverkehr, um Usbekistan unter Druck zu setzen, ist entgegenzuhalten, daß kein Grenzschutz der Welt in der Lage wäre, diese Grenze hermetisch abzusichern – schon gar nicht der Rußlands, dessen Soldaten und Offiziere in Moskau selber vorgeworfen wird, in grenzüberschreitenden Drogenhandel verwickelt zu sein.

In Tadschikistan hat sich die IBU vor allem in Regionen Stützpunkte geschaffen, die im tadschikischen Bürgerkrieg der islamistischen Opposition Rückhalt gegeben hatten. Von hier aus hält Namangoni angeblich Kontakt zu nicht bewaffneten Anhängern in Usbekistan und Kirgistan, die Wohnungen und Versorgungslager für Guerilla-Aktivitäten der IBU rekrutieren. Dabei handelt es sich nicht zwangsläufig um islamistische Hochburgen, was die religiöse und politische Disposition der lokalen Bevölkerung betrifft. »Auffallend am Leben in den Tälern von Karategin und Tavildara ist der Mangel an manifester Islamisierung, jedenfalls im Vergleich zu Afghanistan und Pakistan. Die Bauern räumen zwar ein, daß die Partei Islamischer Wiedergeburt während des Bürgerkriegs versucht hat, ein islamisches System zu etablieren, aber sie fügen mit einem Augenzwinkern hinzu, daß man dann wieder zu den vorherigen Lebensverhältnissen zurückgekehrt sei ... Da ist wenig Begeisterung für die Schaffung eines islamischen Staats unter

der lokalen Bevölkerung.«<sup>29</sup> Als relativ gesichert gilt auch, daß die IBU mit ehemaligen Feldkommandeuren der bewaffneten tadschikischen Opposition in Verbindung steht, die inzwischen ins Regierungslager integriert wurden. Genannt wird vor allem der Minister für Katastrophenschutz, Mirzo Zijo.

Bei aller Unsicherheit der Einschätzung des militärischen Gewichts und der Rekrutierungs- und Mobilisierungskapazität der IBU bleibt eines festzuhalten: Mit ihr manifestierte sich nach der Beendigung des tadschikischen Bürgerkriegs eine grenzüberschreitende islamistische Bewegung durch militärische Aktionen in drei Staaten Zentralasiens. Dies ließ in sämtlichen Hauptstädten der Region die Alarmglocken schrillen. Die größere Herausforderung stellt wahrscheinlich aber eine andere, nicht militarisierte islamistische Bewegung dar.

### Hezb ut Tahrir

Seit Mitte der 90er Jahre – mit ersten Initiativgruppen in den Ferganatal-Provinzen Usbekistans schon seit Anfang der 90er Jahre – entfaltet eine aus der Geschichte des Mittleren Ostens bekannte islamistische Untergrundpartei Aktivitäten in Zentralasien. Die historische Hezb ut Tahrir al Islami (Islamische Befreiungspartei, nachfolgend HTI) entstand 1953 in Abspaltung von der »Muslimbruderschaft« unter Palästinensern, breitete sich nachfolgend in verschiedenen islamischen Ländern im Untergrund aus und unterliegt in den meisten dieser Länder staatlicher Verfolgung. Kennzeichnend sind ihr straffes pyramidales Organisationssystem, das von lokalen Basiseinheiten aus fünf bis sieben Personen über regionale und nationale Organisationsstufen bis zu einer irgendwo stationierten überregionalen Führung reicht, ihre intensiven, auf ein reiches Schrifttum gestützten Propagandabemühungen (man-to-man persuasion and recruitment) und die eiserne Disziplin ihrer Mitglieder. In Zentralasien verbreitet sie ihre Texte in den Landessprachen sowie in russisch und arabisch. Auf ihre arabische Herkunft verweisen Akzente wie zum Beispiel antijüdische und antiwestliche Parolen, die der Bevölkerung in Zentralasien (auch in ihren traditionellen Segmenten) zuvor eher fremd waren. Ideologisch ist sie durch ihre Kalifatslehre geprägt: Als ihr Endziel bezeichnet sie die politische Integration aller

<sup>29</sup> Ahmed *Rashid*, Pamir Offers IMU Secure Base, in: *The Globe*, 14.4.2001.



Muslime in einem erneuerten Kalifat. Die Partei propagiert eine Mixtur aus traditionalistischen und modernistischen Botschaften, rückwärtsgewandten Utopien, populistisch-egalitären Wirtschaftsmodellen und Gerechtigkeitsappellen, die bei der sozialökonomischen Krise der Region auf fruchtbaren Boden fallen.

Die zentralasiatische Filiale strebt zunächst einen »islamischen Staat« im Ferganatal an, der sich dann auf ganz Zentralasien ausweiten soll. Der Kalifatsgedanke, der für verschiedene islamistische Bewegungen der Gegenwart charakteristisch ist, wird emotional als Rückwendung in ein verklärtes goldenes Zeitalter des Islam, in die Periode der »rechtgeleiteten Kalifen«, präsentiert, konzeptionell als eine »alle Muslime umfassende moderne politische Struktur«, ein zeitgemäßes Gemeinwesen auf islamischer Grundlage. Als entscheidende Träger für die Umsetzung dieses Ziels sollen moderne Funktionselemente, einflussreiche Persönlichkeiten der islamischen Welt gewonnen werden. Mit dem Schlagwort der »Talibanisierung«, mit dem islamistische Dynamiken in Zentralasien gerne abgestempelt werden, sind die ideologischen Positionen dieser Partei kaum in Verbindung zu bringen. Kontakte zu den Taliban sind ihren Anhängern bislang auch nicht nachgewiesen worden. Erstmals wurden Mitglieder der Partei in einem Strafprozeß in Taschkent im Oktober 2001 mit Osama bin Laden in Verbindung gebracht. Menschenrechtsorganisationen sehen darin einen Hinweis auf das Bestreben der Regierung, die strategische Einbindung Usbekistans in die Anti-Terror-Allianz nach dem 11. September für eine verstärkte Verfolgung ihrer Gegner und deren Gleichsetzung mit »Terroristen« zu nutzen.<sup>30</sup> Sie rekrutiert ihre Anhänger- und Mitgliedschaft nicht nur in frustrierten Unterschichten und unaufgeklärten Bevölkerungsteilen, sondern hat angeblich bereits den »Marsch durch die Institutionen« angetreten, indem sie versucht, Vertreter der Kultur- und sogar der Machteliten für sich zu gewinnen.<sup>31</sup>

Von der Militanz der IBU grenzt sie sich durch die offizielle Absage an gewaltsame Aktionen ab. Allerdings äußern sich Kommentatoren zu diesem Punkt unterschiedlich. Einige Beobachter halten die HTI für den ideologischen Flügel einer islamistischen Bewe-

gung, deren militärischen Flügel die IBU bildet.<sup>32</sup> Daß sie den »ideologischen Krieg« für die IBU führe, behaupten einige Vertreter der offiziellen Geistlichkeit, wie der Mufti von Kirgistan. Gerade dieser Personenkreis fühlt sich von der offensichtlich erfolgreichen Missionstätigkeit der Partei herausgefordert. Die usbekische Regierung bezichtigte sie des Bombenattentats in Taschkent vom 16. Februar 1999, bei dem 16 Menschen getötet wurden, hat aber bis heute die Urheberschaft dieses Anschlags nicht eindeutig nachweisen können. Die Mehrheit neutraler Beobachter weist darauf hin, daß der HTI bislang keine terroristischen Aktionen zur Last gelegt werden können. In ihrem Schrifttum legt die Partei die gewaltlose Überzeugungsarbeit (da'va) als ihre Methode dar und wirft ihren Gegnern, insbesondere der usbekischen Regierung, vor, diesem Vorgehen nicht mit entsprechenden Mitteln, sondern mit bloßer Gewalt zu begegnen. Tatsächlich werden HTI-Anhänger und erst recht Parteimitglieder in Usbekistan seit längerem massiv und neuerdings auch in Kirgistan und Tadschikistan verstärkt verfolgt, und zwar hauptsächlich wegen der Verteilung von Flugblättern. Polizeiaktionen gegen hochgeheime Parteizellen enden stets bei einem Berg von Flugblättern und Broschüren. »They find no arms or bombs – just writings«, so ein westlicher Beobachter.<sup>33</sup> Aufgrund ihrer intensiven Propagandabemühungen halten Religionsexperten in den Regierungsstäben die HTI für die gefährlichere Organisation als die Terroristen der IBU. Gegen die Banditen um Namangoni könne man militärisch vorgehen. Viel schwerer sei es, gegen Kräfte zu kämpfen, die laut einem alten sowjetischen Slogan »am Menschen arbeiten«.<sup>34</sup>

Mit der IBU teilt die Partei die besondere Konfrontation gegen die usbekische Regierung. Gerichtsverhandlungen gegen »religiöse Extremisten« verwandeln sich in Protestkundgebungen gegen das Regime. Die Angeklagten, die zumeist gefoltert wurden, präsentieren sich als Märtyrer und klagen ihrerseits das »heidnische« Regime als gewalttätig und nicht legitimiert an. »Kafir« und »kufr« (ungläubig, Unglauben) sind die Hauptvokabeln in Propagandatexten der HTI zur Bezeichnung der Machthaber. Zu wüsten Verunglimpfungen greifen die Propagandatexte bei Erwähnung des Präsidenten Karimow. Eine besondere ideologische Trennlinie zur Regierung zieht die HTI mit der Gegen-

<sup>30</sup> Said Khojaev, Tashkent Cracks Down on Islamists, in: RCA, No. 74, 12.10.2001, www.iwpr.net.

<sup>31</sup> Alexander Malashenko, Hizb ut tahrir in Central Asia (Uzbek Version), Moscow Carnegie Centre, 8.11.2000, www.transcaspian.ru (download: 12.3.2001); Petr Suchanov, Bor'cy za novyj kalifat [Der Kampf für ein neues Kalifat], in: Nezavisimoe voennoe obozrenie, 30.3.2001.

<sup>32</sup> Siehe z.B. Kommersant Daily, 7.2.2001.

<sup>33</sup> Vladimir Socor, Jamestown Foundation, zit. in: Times of Central Asia on the Web, 7.6.2001.

<sup>34</sup> A. Kvjazev in: Nezavisimaja gazeta, 11.11.2000.

überstellung von Islam und Nationalstaat. Die Regierung treibe einen Kult um den Begriff der nationalstaatlichen Souveränität und pervertiere damit das Ideal der Unabhängigkeit. Denn wahre Unabhängigkeit könne nicht in einer Fragmentierung des Islam in Nationalstaaten gewonnen werden, sondern nur in der politischen Vereinigung aller Muslime.<sup>35</sup>

Die Aktivitäten der HTI wurden lange Zeit auf Usbekistan, dort besonders auf die Provinzen Fergana, Namangan und Andishon, und auf ethnische Usbeken bezogen. Der Führer der Hezb-Filiale in Usbekistan, Cherfigullo Nazirov, wurde im März 2000 zu 20 Jahren Haft verurteilt. Derzeit wird die Zahl der Mitglieder in Usbekistan auf 10 000 geschätzt.<sup>36</sup> Seit dem letzten Jahr führen aber auch die Behörden Tadschikistans und Kirgistans Krieg gegen die Partei und ihre Flugblätter. In Tadschikistan wurden ihre Aktivitäten erstmals 1998 sichtbar.<sup>37</sup> Im Jahr 2000 wurden etwa 150 Parteiaktivisten und -führer verhaftet. Fast alle kamen aus dem Nordteil des Landes, aus der Provinz Lenina-bad, heute Sogd. Die Konzentration auf Nordtadschikistan fällt besonders auf, konnte dieser Landesteil von der tadschikischen »Partei der Islamischen Wiedergeburt« doch nie penetriert werden und war in der Phase des Bürgerkriegs eher eine Hochburg der anti-islamistischen Kräfte. Er ist zudem die einzige vom Krieg verschont gebliebene, ökonomisch noch relativ stabile Region Tadschikistans. Beobachter verbinden das Auftauchen der HTI in Nordtadschikistan einerseits mit der politischen Marginalisierung dieses Landesteils nach dem Friedensschluß von 1997 und dem nationalen Versöhnungsprozeß, in den die in sowjetischer Zeit dominierende Region nicht integriert wurde, andererseits mit seiner starken Exponiertheit gegenüber den Entwicklungen in Usbekistan. In diesem Landesteil konzentriert sich die usbekische Minderheit Tadschikistans. Die Koalitionsregierung in Duschanbe bewahrte gegenüber den Aktivitäten der HTI zunächst Neutralität. Abdullo Nuri, der Vorsitzende der 1999 legalisierten Partei der Islamischen

Wiedergeburt, mahnte noch im Jahr 2000 vor überzogenen staatlichen Maßnahmen gegen die HTI. Dann hat sich aber zunehmend ein Gegensatz zwischen den in die Regierung integrierten »alten Islamisten« aus dem Umkreis der Partei der Islamischen Wiedergeburt und einer neuen islamistischen Opposition aus dem Umkreis der HTI herausgebildet. Nuri bezichtigt inzwischen die HTI, die Religionsgemeinschaft und die Nation spalten zu wollen. Dabei unterstreicht er allerdings, daß die Mehrheit ihrer Mitglieder in Tadschikistan Usbeken seien, die danach trachteten, die Regierung in ihrem ethnischen Mutterland zu stürzen.<sup>38</sup>

Aus Kirgistan wird seit 1999 von einer Verstärkung islamistischer Propaganda berichtet.<sup>39</sup> Auch hier konzentrieren sich die Aktivitäten der HTI besonders auf einen Landesteil mit starkem usbekischem Bevölkerungsanteil – auf den Süden mit den Städten Osch, Djelal-Abad und Uzgen. Aber Flugblätter der Partei sind inzwischen auch in der Hauptstadt Bischkek und in den nordöstlichen Provinzen aufgetaucht. Die HTI soll sich in Kirgistan sogar an die Redaktionen von Zeitungen gewandt haben, um ihre Publikationskanäle zu erweitern. Kirgistan ist das Land, in dem die Partei am stärksten »in aller Öffentlichkeit« auftritt. Der lokale Parteiführer stellt strikt in Abrede, daß seine Bewegung einen militanten Kampf gegen die Regierung in Bischkek führe und Waffen benutze. »Wir verbreiten Ideen, Glauben und Dokumente.«<sup>40</sup> Er selber habe die Partei über ein Flugblatt kennengelernt. Viele der von den Behörden sichergestellten Flugblätter rufen indes zum »Dschihad« gegen die »kafir«-Regime Zentralasiens auf. »Sie fordern uns, die Vertreter der Machtstrukturen, offen heraus«, sagt ein Mitglied der Staatsanwaltschaft von Osch. Der Mufti Kirgistans sieht die Aktivität der HTI als Gefahr für die Religionsgemeinschaft. Doch ein Mitglied der Staatskommission für Religionsangelegenheiten konstatiert, die lokale Geistlichkeit habe sich als unfähig erwiesen, den Gläubigen die Partei als eine gefährliche Kraft zu vermitteln.<sup>41</sup>

35 Hizb ut Tahrir, 22.8.2000; www.khilafa.org.

36 Saidjahon Zainabudinov, Andijan, in: RCA, No. 64, 10.8.2001, www.iwpr.net.

37 Ein erster Gerichtsprozeß gegen ihre Mitglieder wurde in Duschanbe im September 1999 eröffnet. Anfang 2000 schuf die Staatsanwaltschaft ein sogenanntes Sondergremium zur Koordination der Tätigkeit der Rechtsschutzorgane im Kampf gegen die HTI. Ermittlungen ergaben, daß die Partei im wesentlichen Jugendliche zwischen 17 und 25 Jahren rekrutiert; Informationen der Staatsanwaltschaft der Provinz Leninabad, Sardoi Mardum, 19.8.2000.

38 Kommersant Daily, 7.2.2001.

39 Die Polizei habe hier bereits 1285 Personen wegen des Verdachts auf Mitgliedschaft bei der HTI und wegen »wahhabitischer Aktivitäten« verhaftet. Für die Verbreitung religiöser Flugblätter seien 600 000 Dollar aus dem Ausland eingeflossen; Kabar, 11.4.2001.

40 Zitiert von Uran Botobekov, Islamists Challenge Kyrgyz Authorities, in: Times of Central Asia, 15.3.2001.

41 Ebd.

## Die sozialökonomische Dimension

Ihr Potential schöpfen islamistische Bewegungen wie die HTI im nachsowjetischen Zentralasien nicht zuletzt aus einer Entwicklung, die der Autor einer Globalstudie über die Konfrontation zwischen säkularer Nationalstaat und religiöser Opposition als »fallen-angel syndrome« bezeichnet. Er meint damit die tiefe Enttäuschung hochgeschraubter Erwartungen an die Leistung säkularer Nationalstaaten in der nachkolonialen Dritten Welt. »In many parts of the world the secular state has not lived up to its own promises of political freedom, economic prosperity, and social justice.«<sup>42</sup> Auch die nachkoloniale »Zweite Welt« – vor allem sowjetische Nachfolgestaaten in Zentralasien, in denen sowjetisch geprägte Macheliten die nationalstaatliche Unabhängigkeit nach 1991 fast religiös verkärten – bietet reichlich Anschauungsmaterial für dieses Syndrom.

Internationale Forschungs- und Entwicklungsprogramme in Zentralasien wie die in Osch stationierte International Crisis Group (ICG) stellen Armut als die Hauptursache für die Zunahme gewalttätiger Spannungen in der Region dar. Sie fordern anstelle einer zentralen Vergabe an die Regierungen die gezielte Allokation internationaler Hilfsmittel in den Gebieten größter sozialökonomischer Verelendung (hyper-depression). Diese Gebiete umfassen die sicherheitspolitisch besonders kritischen Grenzregionen.<sup>43</sup> Zentralasiatische Regierungen haben bislang für gezielte Armutsbekämpfung kaum Mittel aufwenden können. Der zum Beispiel in Kirgistan stark ausgeprägte und lokal ausgerichtete NRO-Sektor kann hier materiell kaum in die Bresche springen. In Zentralasien bewirkte der Rückzug des Staates aus sozialen Dienstleistungen noch stärker als in anderen Teilen des nachsowjetischen Raums einen dramatischen Niedergang des vormals für den größten Teil

<sup>42</sup> Mark Jürgensmeyer, *The New Cold War? Religious Nationalism Confronts the Secular State*, Berkeley/Los Angeles/London: University of California Press, 1993, S. 23.

<sup>43</sup> Zu den Lokalstudien über Armutsentwicklung in Zentralasien siehe besonders: Barnett R. Rubin *et al.*, *Calming the Ferghana Valley. Development and Dialogue in the Heart of Central Asia*. Center for Preventive Action, New York: Century Foundation Press, 1999, S. 73–95; *Incubators of Conflict: Central Asia's Localised Poverty and Social Unrest*, ICG (International Crisis Group) Asia Report, No. 16, 8.6.2001: Die Studie geht auf vier ausgewählte Regionen ein: die Provinz Batken in Südkirgistan, die Regionen Gharm und Badachschan in Tadschikistan und die Provinz Namangan in Usbekistan.

der Bevölkerung zugänglichen Bildungs- und Gesundheitswesens. Zu den bedrohlichsten Begleitern der Armut gehören die wachsende Drogenkriminalität, die Zunahme drogen-, umwelt- und armutsbedingter Krankheiten, die wachsende Entfernung zwischen der Bevölkerung und den als korrupt und eigensüchtig perzipierten staatstragenden Eliten. Lokale medizinische Daten wie die aus der kirgisischen Südprowinz Osch versetzten Regierungen, die eine entsprechende Gesundheitspolitik aus eigenen Mitteln nicht bestreiten können, in Sorge vor AIDS-Epidemien im Zusammenhang mit wachsender Drogensucht. Das Ausgangsniveau ist hier noch niedrig, die Dynamik hingegen alarmierend.<sup>44</sup>

Das United Nations Development Program (UNDP) führt sowjetische Nachfolgestaaten in einem Jahresbericht 2000 unter 174 erfaßten Ländern nach dem »Human Development Indicator«, der verschiedene sozialökonomische, demographische, medizinische und kulturelle Kriterien (Lebenserwartung, Zugang zu Bildung, materieller Lebensstandard u.a.) umfaßt, wie folgt an: Estland (46. Stelle), Litauen (52.), Belarus' (57.), Rußland (62.), Lettland (63.), Georgien (70.), Kasachstan (73.), Ukraine (78.), Aserbaidschan (90.), Armenien (93.), Kirgistan (98.), Turkmenistan (100.), Moldova (102.), Usbekistan (106.) und Tadschikistan (110.). Mit Ausnahme Kasachstans besetzen die zentralasiatischen Staaten hier das unterste Feld im nachsowjetischen Raum.

Gleichwohl bildet Zentralasien ebensowenig einen einheitlichen Raum der Verarmung wie eine einheitliche Zone von Re-Islamisierung. Es bilden sich Spannungspotentiale aus einem dreifachen Differenzierungsprozeß heraus:

- Erstens vergrößert sich der Abstand zwischen den stärker industrialisierten, rohstoffmächtigeren und den rohstoffärmeren Ländern. Zwar ist Kasachstan von einer Wohlstandsgesellschaft denkbar weit entfernt, aber seine sozialökonomischen Indikatoren zeigen, daß es sich von Ländern wie Kirgistan und Tadschikistan noch weiter abgesetzt hat als bereits in sowjetischer Zeit. Bei einem – wenn auch in seiner Aussagekraft stark umstrittenen – Indikator wie dem statistischen monatlichen Durchschnittseinkommen im Jahr 2000 zeigt sich diese Differenzierung: Kasachstan liegt mit 94 US-Dollar regional und sogar innerhalb der GUS an erster Stelle,

<sup>44</sup> Central Asia Hopes UN Meeting on HIV Can Provide a Boost to Regional Prevention Efforts, in: *Eurasia Insight*, 25.6.2001.

Tadschikistan mit 8,7 Dollar am untersten Ende der Region und aller GUS-Staaten.<sup>45</sup>

- Zweitens wächst in allen Ländern die Einkommensdifferenz zwischen den Wirtschafts- und Machteliten und der Bevölkerung dramatisch.
- Und drittens bergen regionale Entwicklungsgefälle innerhalb der Länder Spannungspotential in sich, zum Beispiel in Tadschikistan, wo sich der industrialisierte Nordteil vom Rest des Landes abhebt.

Tadschikistan ist in einer Kombination von vorgegebener Unterentwicklung, Gewaltverstrickung und schwierigster Staats- und Nationsbildung seit 1991 auf den tiefsten sozialökonomischen Stand unter allen postkommunistischen Ländern gesunken. Erhebungen sozialökonomischer Daten durch die Weltbank unter 14 000 Personen in 125 Ortschaften des Landes ergaben, daß die Geldeinkommen bei 96% der Bevölkerung unter dem statistisch errechneten Existenzminimum liegen. 80% der Bevölkerung fallen unter die Kategorie der Armen, 20% unter die der Allerärmsten, deren Geldeinkommen einen Dollar im Monat nicht übersteigt. Das hochverschuldete Land ist nicht in der Lage, ein Programm zur Armutsbekämpfung aus eigener Kraft zu finanzieren. Ohne ein solches Programm und seine Durchsetzung bleiben alle sicherheitspolitischen Maßnahmen gegen Drogenhandel und Terrorismus Stückwerk in dem Land, das gegenüber dem regionalen Hauptkonfliktherd Afghanistan am stärksten exponiert ist.

Auch Usbekistan, das im vergangenen Jahrzehnt bemüht war, nach außen den Eindruck sicherheitspolitischer und ökonomischer Stabilität zu vermitteln, ist mit sozialökonomischen Herausforderungen konfrontiert, die in engem Zusammenhang mit der Entfaltung nichttraditioneller Sicherheitsrisiken stehen. Internationale Organisationen versuchen seit Jahren, sich ein Bild von der sozialökonomischen Lage des Landes zu machen, werden aber von der Regierung mit Daten beliefert, die als unzuverlässig bezeichnet werden.<sup>46</sup> Die generellen Daten über eine schnell wachsende Bevölkerung mit entsprechend hohem Jugendanteil (41% jünger als 15 Jahre, über 60% jünger als 25 Jahre) oder ein Wirtschafts- und Bevölkerungsgefüge, in dem der ländliche Sektor heute noch gewichtiger ist als in zurückliegenden Jahrzehnten, geben problematische Entwicklungs-

bedingungen für die nahe Zukunft zu erkennen. Millionen junger Usbeken drängen in den nächsten zwanzig Jahren auf einen sich verengenden Arbeitsmarkt. Um den Bevölkerungszuwachs – von heute rund 25 Millionen Einwohner auf schätzungsweise 36 Millionen im Jahr 2015 – in Beschäftigung zu bringen, müßte die Wirtschaft jährlich 390 000 neue Arbeitsstellen generieren. Davon ist sie weit entfernt.<sup>47</sup> Ein Entwicklungstrend, der sich hier schon in den 70er Jahren abzeichnete, nämlich daß das Bevölkerungswachstum dem Wirtschaftswachstum davonläuft, hat sich im nachsowjetischen Jahrzehnt noch verstärkt, obwohl die Geburtenrate von 33,7 im Jahre 1990 auf 26 im Jahre 1997 gefallen ist. Ausländische Investitionen schaffen bisher nur geringfügig Abhilfe: Erstens sind sie zu stark auf wenige Regionen konzentriert, zweitens wurden Investoren zunehmend von der interventionistischen Wirtschaftspolitik der Regierung abgeschreckt. Präsident Karimov gab im Juni 2001 zu, daß die wachsende Verarmung der Bevölkerung bei der Bildung islamistischer Opposition eine zentrale Rolle spielt, und verwies auf »den verheerenden sozialökonomischen Zustand der Bevölkerung, demographische Entwicklungen in einigen Problemregionen, Massenarbeitslosigkeit und wirtschaftliche Unsicherheit, besonders unter jungen Leuten«.<sup>48</sup>

In zentralasiatischen Ländern entfalten sich soziale und demographische Prozesse, die im Mittleren Osten in zurückliegenden Jahrzehnten einen Nährboden für islamistische Mobilisierung geschaffen haben. Dazu gehört die wachsende Migration vom Land in die Städte, die die Zuwanderung nicht mehr absorbieren können.<sup>49</sup> Epizentren der Sicherheitskrisen im Süden des postsowjetischen Raums liegen überwiegend in den lokalen Brennpunkten der sozialökonomischen Krise. Das gilt sowohl für die kaukasische Peripherie Rußlands, wo Dagestan und Tschetschenien solche Brennpunkte bilden, als auch für Zentralasien.

Das seit langem als »Islamisierungs-Enklave« der Region bezeichnete Ferganatal, das kritische Landes-

<sup>47</sup> Reuel R. Hanks, *Emerging Spatial Patterns of the Demographics, Labour Force and FDI in Uzbekistan*, in: *Central Asia Survey*, (2000) 3/4, S. 351–366.

<sup>48</sup> *Narodnoe slovo*, 20.6.2001.

<sup>49</sup> In Kirgistan ist seit 1991 rund eine Million Landbewohner (ein Fünftel der Gesamtbevölkerung) in die Städte abgewandert. Die Zuwanderung in die Hauptstadt Bischkek ist in den letzten drei Jahren um 500% gewachsen. Zu den von Migration überforderten Städten gehört besonders Osch im Süden des Landes; siehe *Village-to-City Migration: A Serious Problem for Kyrgyzstan*, in: *Times of Central Asia on the Web*, 13.7.2001.

<sup>45</sup> *Times of Central Asia*, 19.2.2001.

<sup>46</sup> Arslan Kasymov, *Uzbekistan in Denial over Poverty*, in: *Times of Central Asia on the Web*, 21.5.2001, <http://www.times.kg>.

teile Usbekistans, Kirgistans und Tadschikistans umfaßt, fungiert als Demonstrationsobjekt für sozialökonomische und ethnopolitische Spannungen der Gesamtregion. Hier leben auf 5% des Gesamtterritoriums Zentralasiens mehr als 20% seiner Gesamtbevölkerung. Hier finden sich die größten Siedlungsdichten und Wirtschafts- und Bevölkerungsschwerpunkte der drei Republiken.<sup>50</sup> Gleichzeitig gibt es hier die stärkste grenzüberschreitende ethnische Mischung zentralasiatischer Bevölkerung, wobei ethnische Usbeken in allen Teilen des Ferganatal stark repräsentiert sind (84% der Bevölkerung in den zu Usbekistan, 27% der Bevölkerung in den zu Kirgistan und 31% der Bevölkerung in den zu Tadschikistan gehörenden Teilen). Hier spitzen sich die sozialökonomischen Krisensymptome Zentralasiens wie die Jugendarbeitslosigkeit besonders zu.<sup>51</sup> Der Anteil kultivierbaren Bodens pro Kopf der Bevölkerung ist dramatisch gesunken. Die Konkurrenz um knappe Land- und Wasserressourcen sowie um knappe Arbeitsplätze wurde nicht nur zum Auslöser für Konflikte zwischen Volksgruppen. In keiner anderen Region der zerfallenen Sowjetunion mit Ausnahme der östlichen Teile des Nordkaukasus ist das Potential für eine Radikalisierung des Islam aufgrund der historischen, kulturellen, politischen und sozialökonomischen Rahmenbedingungen größer als im Ferganatal. In seinen zu Usbekistan gehörenden Teilen kam es seit 1991 zu Konfrontationen zwischen der Staatsgewalt und non-konformistischen Islambewegungen.

Die sozialökonomischen Probleme eines extrem unterentwickelten Landesteils von Kirgistan wurden erst im Zusammenhang mit islamistischen Aktivitäten einer breiteren Öffentlichkeit bekannt. Die Region von Batken (383 000 Einwohner) wurde nach den ersten Einfällen der IBU im Sommer 1999 in sozialökonomischer wie in sicherheitspolitischer Hinsicht als die schlimmste Problemregion Kirgistans bekannt. Der vom Rest der Republik geographisch und infrastrukturell isolierte Landesteil hat eine lange Geschichte der Instabilität und gespannter interethnischer

Beziehungen und erlangte wegen seiner Verwicklung in den Drogenhandel den Spitznamen »Neukolumbien«. Laut Aussagen der lokalen Verwaltungsstellen blieben hier über 90% der Schulabgänger ohne Arbeit.<sup>52</sup> Die Regierung in Bischkek hat auf den »Schock von Batken« nicht nur militärisch reagiert, die Kontrolle über zuvor offene Bergpässe erhöht und das Selbstbewußtsein der 1999 zutiefst gedemütigten Streitkräfte wiederaufzubauen versucht. Sie hat die desolote Situation dieser Region zur Kenntnis genommen und entwicklungspolitische Maßnahmen ergriffen. Zunächst wurde Batken verwaltungsmäßig zur siebten Provinz Kirgistans gemacht, was mit vermehrten Haushaltsmitteln und Wirtschaftshilfen verbunden ist. Dann hat man einen regionserfahrenen Mann an die Spitze der Lokalverwaltung gestellt und die Bevölkerung mit Importen von Ziegen aus China und anderen Maßnahmen zu unterstützen begonnen. Es ist sogar die Einrichtung einer Staatsuniversität in der Stadt Batken (20 000 Einwohner) geplant, in der Forschung ganz auf praktische Bedürfnisse der Region ausgerichtet werden soll. Ein allerdings nur mit geringen Ressourcen ausgestattetes UNDP-Programm zur Bekämpfung von »localised poverty and social unrest« hat sich speziell dieser Region angenommen. Einige ihrer Probleme sind aber nur in internationaler Kooperation größeren Maßstabs zu lösen: Dazu gehört in erster Linie ihre Verwicklung in den regionalen Drogenhandel.<sup>53</sup> Solche entwicklungspolitischen Bemühungen werden aber dadurch wieder gefährdet, daß gerade diese Provinz in den Mittelpunkt eines Grenzdisputes mit dem Nachbarn Usbekistan gerückt ist.

**50** So machen die Ferganaprovinzen zwar nur 4,3% des Territoriums Usbekistans aus, aber 27% seiner Bevölkerung leben hier. Ein Drittel der Bevölkerung Tadschikistans und fast die Hälfte der Bevölkerung Kirgistans leben im Ferganatal.

**51** Zu den sozialökonomischen Spannungen im Ferganatal einschlägig: Sam Nunn/Barnett R. Rubin/Nancy Lubin, *Calming the Ferghana Valley. Development and Dialogue in the Heart of Central Asia*, New York: Century Foundation Press, 1999 (*Center for Preventive Action*, Preventing Action Reports, Bd. 4), S. 59–95.

**52** L. M. Handrahan, *Tolerance, Education, Gender, and Batken*, in: *Central Asia Monitor*, (2000) 1, S. 7–12.

**53** S. Frederick Starr, *Scaling Batken's Mountain of Problems*, in: *Times of Central Asia*, 13.3.2001.

## Riskantes Regimeverhalten im innerstaatlichen Rahmen

### Ausschaltung politischer Opposition oder Systemkonkurrenz zwischen Säkularismus und Islamismus?

Oppositionsbildung wird in Usbekistan seit längerem und in den übrigen zentralasiatischen Staaten neuerdings in zunehmendem Maße mit einem militanten islamistischen Gegenentwurf zur bestehenden politischen Ordnung gleichgesetzt. Auch in westlichen Quellen wird gelegentlich der Eindruck erweckt, die gesamte Region stehe bereits in einem wert- und ordnungspolitischen Wettbewerb zwischen Säkularisten und Islamisten. Dies gilt jedoch nur mit erheblichen Einschränkungen, traf am ehesten auf das Tadschikistan der Bürgerkriegsperiode zu – und auch das nur teilweise. Der Einfluß der 1999 legalisierten und in die Machtstrukturen integrierten Partei Islamischer Wiedergeburt hält sich in Grenzen, und auch in der Bürgerkriegsperiode hatte die Partei keine landesweite Anhängerschaft. Im übrigen richten die Regime ihre Anstrengung um den eigenen Machterhalt gegen durchaus weltliche Herausforderer. Unter der Flagge der Abwehr islamistischer Tendenzen verhärten sich die politischen Systeme in der gesamten Region. Es wächst die Unterdrückung jeglicher Form von Opposition. Die letzten Kanäle für die Artikulation von Kritik an politischen und gesellschaftlichen Fehlentwicklungen werden verschlossen. Insofern arbeiten die Regime an einer »self-fulfilling prophecy«, die sich möglicherweise darin erfüllt, daß sich in Zukunft politische Dynamiken in den sowjetischen Nachfolgestaaten Zentralasiens in der Konfrontation zwischen Regierung und islamistischer Opposition erschöpfen. In Usbekistan ist dies weitgehend schon der Fall.

Auch in der internationalen Wahrnehmung droht die pauschale Formel »Regime versus Islamisten« andere Formen und Inhalte von Opposition an den Rand zu drängen. Kürzlich schlossen sich Vertreter politischer Opposition aus Kasachstan, Kirgistan und Tadschikistan in London zu einem Forum der Demokratischen Kräfte Zentralasiens zusammen. Der Anstoß dazu ging von einer Londoner Konferenz im März 2001 aus, die darauf aufmerksam machte, daß aus diesem Teil der GUS unabhängige Medien weitgehend verschwunden sind. Hinter dem Forum steht aller-

dings vor allem eine Person, Akezhan Kazhegeldin, der seinerzeit in Ungnade gefallene und ins Exil geflohene Ministerpräsident Kasachstans. Das Forum wandte sich an politische Repräsentanten Großbritanniens sowie an Regierungen und Parlamente Westeuropas und der OSZE-Staaten mit der Aufforderung, Zentralasien – immerhin Teil des OSZE-Raums – nicht völlig in Isolation abgleiten zu lassen und ihre Hilfen für die Region mit politischen Konditionen zu versehen. Dabei legten Regionalexperten besonderen Nachdruck auf Kirgistan. Hier könnte die politische Repression eher zu einer sozialen Explosion führen als in den Nachbarländern, da Bürger dieses Landes in der frühen Unabhängigkeitsperiode politische Freiheiten kennengelernt haben, die den Einwohnern Usbekistans oder Turkmenistans stets vorenthalten blieben.<sup>54</sup>

Zutiefst in Isolation befindet sich bereits Turkmenistan unter der bizarren Herrschaft eines Präsidenten, der sich in einem hypertrophen Personenkult zur Verkörperung der Nation stilisiert. Der »Turkmenbaschi« hat die Akademie der Wissenschaften schließen lassen, Oper und Ballett westlicher Prägung verboten, zahllose Bücher aus dem Verkehr gezogen, die nicht der staatlichen Nationalhistoriographie entsprechen, Studenten die Ausreise an Auslandsuniversitäten verweigert und andere Maßnahmen zur geistigen Abschottung seines Landes getroffen. Gleichzeitig ist gerade das erdgasreiche Turkmenistan im Widerspruch dazu bestrebt, sich in globale Wirtschaftszusammenhänge zu integrieren.

Mit der staatlichen Unabhängigkeit und der Entwicklung internationaler Beziehungen traten die Länder Mittelasiens zunächst aus einer jahrhundertelangen Periode der Isolation und Marginalisierung heraus. Intellektuelle aus der Region befürchten zehn Jahre danach den Beginn einer erneuten Marginalisierung. Ein Aspekt dieser Entwicklung ist die wachsende Beschränkung der Pressefreiheit in allen Staaten der Region. Gerade in einer Zeit, in der die Alarmstimmung der Regierungen gegenüber Sicherheitsherausforderungen wie den islamistischen Strömungen ein pauschales, politisch instrumentalisierbares Bedro-

<sup>54</sup> Central Asian Opposition Unites, in: Times of Central Asia on the Web, 11.4.2001.

hungsbild schafft, wäre eine differenzierte Berichterstattung vor Ort dringend erforderlich. Die Aufmerksamkeit richtet sich hier besonders auf Kasachstan und Kirgistan, ehemals Hoffnungsträger pluralistisch-demokratischer Entwicklungsoptionen für Zentralasien, bei denen sich ein gewisses Maß an Medienpluralismus entwickeln konnte. Die zunehmenden Regierungsattacken gegen unabhängige Medien zeigen in beiden Ländern ähnliche Muster. Die Präsidenten schöpfen alle nur denkbaren legalen Möglichkeiten zur Unterbindung politischer Kritik aus. Die Medien werden weitgehend von den Präsidenten- »familien« kontrolliert. In Kirgistan, das sich zu Beginn seiner Unabhängigkeit als »Insel des Pluralismus und der Demokratie« feiern ließ, intendiert die Regierung eine neue Pressegesetzgebung, die das Land vor »destruktiven« Informationen aus dem Ausland schützen soll. In Usbekistan ist freier Journalismus erheblichen Einschränkungen unterworfen. Zensur und Selbstzensur unterdrücken eine kritische Auseinandersetzung mit der Wirklichkeit eines Landes, das sich gerne als »Bollwerk von Stabilität« in einer turbulenten Region darstellte, bevor Terrorakte in Taschkent im Februar 1999 dieses Image zerstörten. Der Herausgeber einer der bekanntesten Zeitungen Usbekistans wies darauf hin, daß noch viele der alten Zensoren aus sowjetischer Zeit ihres Amtes walten, »eifriger und gründlicher als je zuvor«. Gleichzeitig wird auf eine Tradition der Selbstzensur und Staatshörigkeit im Journalismus des Landes hingewiesen.<sup>55</sup> Zugang zum Internet besteht nur für einen winzigen Bruchteil der Bevölkerung.

Politische Oppositionsbildung in zentralasiatischen Staaten vollzog sich seit dem Ende der sowjetischen Periode unterschiedlich, in Abhängigkeit von historischen, demographischen und sozialökonomischen Aspekten. In Usbekistan wurden die regimekritischen Parteien Birlik und Erk unter dem Vorwurf »nationalistischer« und »extremistischer« Tendenzen 1992/93 durch Verbot, Verfolgung und Vertreibung ihrer Führer ins Exil ausgeschaltet. Oppositionelle und Regimekritiker leben heute weitgehend im Ausland. Ihr bekanntester Vertreter, Muhammad Solih, wird in Taschkent mit den terroristischen Tendenzen der IBU in Verbindung gebracht, eine Darstellung, die bei neutralen Beobachtern freilich auf äußerste Skepsis stößt.

<sup>55</sup> Laut einer Umfrage im Jahr 2000 meinten 38% der befragten Journalisten, Zensur sei nötig, um die Gesellschaft vor Anarchie zu bewahren; zit in: EurasiaNet Human Rights, 3.7.2001, <http://www.eurasianet.org/departments/rights/articles/eav070301.shtml>.

Die – völlig säkularistische – Opposition in Kasachstan verfügt über weite internationale Beziehungen. Sie hat bis heute jedoch kaum Unterstützung in der Bevölkerung gefunden, wofür verschiedene Faktoren als Erklärung herangezogen wurden (zu geringe politische Aktivität der Opposition, geringere Ausprägung der sozialökonomischen Krise als in den Nachbarländern u.a.). Auch in Kirgistan unterstützt die Bevölkerung politische Oppositionsgruppierungen nur in geringem Maße, obwohl sie gegenüber dem Regime kritischer eingestellt ist als in irgendeinem anderen zentralasiatischen Land. Die Parteien und Oppositionsgruppen nehmen aber eine zu unklare politische Position ein und sind eher an ihren Führern erkennbar als an Programmen und Aktionen. Zudem sind sie untereinander zu stark zerstritten, um eine politische Gegenkraft zur Regierung zu bilden. Deshalb formiert sich Regierungskritik und Opposition eher um den in Kirgistan recht breiten und vom Ausland unterstützten Sektor der NROs, den die Regierung durch die Bildung regierungsfreundlicher Organisationen zu unterwandern versucht. Insgesamt ist die Bevölkerung in Kasachstan und Kirgistan dem politischen Prozeß kaum weniger entfremdet als in sowjetischer Zeit. Sozial und politisch aktivere Elemente der Gesellschaft haben sich in der Emigrationswelle des ersten nachsowjetischen Jahrzehnts außer Landes begeben.

Nach Überwindung seiner Bürgerkriegsphase und dem Abschluß des 1997 begonnenen Prozesses »nationaler Versöhnung« ist Tadschikistan heute das einzige Land der Region mit einem »pluralistischen« politischen System, in dem sich ehemalige Bürgerkriegsgegner die Macht teilen. Trotz empfindlicher Rückschläge gilt der Friedensprozeß als soweit konsolidiert, daß ein Rückfall in einen landesweiten Konflikt von den meisten Beobachtern für unwahrscheinlich gehalten wird. Freilich beschert dies dem Land noch längst keine Stabilität, blieben doch einige am Bürgerkrieg beteiligte Akteure außerhalb des Prozesses »nationaler Versöhnung«. Das historisch tiefverwurzelte Phänomen der »Warlords« prägt auch noch das Nachkriegstadschikistan. Seit April 2001 wird wieder eine Zunahme von Kämpfen und Gewaltakten registriert – beginnend mit der Ermordung des stellvertretenden Innenministers Sanginow, der mit der Bekämpfung illegal bewaffneter Formationen betraut war. Der vierte Jahrestag des Friedensabkommens vom 27. Juni 1997 wurde im Schatten einer mehrtägigen Militäroperation gegen solche bewaffneten Banden gefeiert. Nach wie vor reicht der Machtradius der Zen-

tralregierung nicht sehr weit über die Hauptstadt hinaus, bestehen in einigen von der Regierung nicht kontrollierten Landesteilen rechtsfreie Räume, über die Drogen, Waffen und andere Kontrabande transportiert werden und in denen sich Freischärler tummeln. Trotz solcher Einschränkungen verdient Tadschikistan Aufmerksamkeit als ein zentralasiatisches Beispiel für die politische Integration islamistischer Kräfte und die Entwicklung von Kompromißbereitschaft bei Konfliktparteien, die sich jahrelang äußerst gewaltsam bekämpft haben.

Die Übertragbarkeit des »tadschikischen Modells« ist freilich äußerst begrenzt: Um als Vorbild wirken zu können, ist Tadschikistan noch zu weit von einer nachhaltigen Stabilisierung entfernt. Usbekistan sprach sich zu lange kategorisch gegen einen analogen Umgang mit Islamisten aus und kritisierte die seinerzeit von Rußland und Iran unterstützte Politik der politischen Integration militanter Oppositionsgruppen im Nachbarland.

### Interdependenz repressiver Regimepolitik und gewaltsamer Oppositionsbildung

Die Staaten reagieren auf tatsächliche oder perzipierte Sicherheitsrisiken in erster Linie mit der Mobilisierung ihrer Sicherheitsorgane und »Gewaltstrukturen«. Im innenpolitischen Bereich schlug sich das in Aktionen nieder, die in westlichen Quellen als »crackdowns on political activity and Islamic proselytizing« bezeichnet werden. Damit verbinden sich Befürchtungen, der einseitige Rückgriff auf staatliche Gewalt könnte sich als kontraproduktiv und destabilisierend erweisen und die Bevölkerung den Regimen noch stärker entfremden. Auch die notwendigerweise gewaltsamen Maßnahmen gegen militärische Aktionen der IBU im Ferganatal förderten die Entfremdung zwischen Bevölkerung und Regime. Als im August 2000 einige IBU-Truppen aus Tadschikistan in die usbekische Provinz Surchandarja einfielen, gingen die Streitkräfte nicht nur gegen den bewaffneten Gegner äußerst rigoros vor. Sie machten keine Gefangenen, sondern töteten ihre Kontrahenten an Ort und Stelle. Dabei wurde auch die Zivilbevölkerung der isolierten Gebirgsregion mit der hier stark repräsentierten tadschikischen Minderheit in Mitleidenschaft gezogen. Es wurden 360 Familien zwangsevakuert, Hunderte Bewohner verhaftet, weil sie – oft ahnungslos – in Kontakt zu den Insurgenten gekommen waren. Auch nach Beendigung der Kämpfe wurden Deportationen unter der

tadschikischen Bevölkerung fortgesetzt. Der Druck auf die Grenzbevölkerung ging mit einer generellen Verschlechterung der Minderheitenpolitik gegenüber der tadschikischen Bevölkerungsgruppe in Usbekistan und wachsenden Spannungen im ohnehin angespannten zwischenstaatlichen Verhältnis zwischen Taschkent und Duschanbe einher.

In Usbekistan läuft die Regierung mit ihren Repressionsmaßnahmen Gefahr, mit einer Vergangenheit identifiziert zu werden, von der sie sich abzusetzen bemüht. Ihr Gewaltrepertoire enthält Maßnahmen und Instrumente, die unausweichlich die Assoziation mit dem sowjetischen Zwangsapparat stützen: Fingierung von Straftatbeständen, um Regimegegner vor Gericht zu bringen; Zwangseinweisungen in psychiatrische Anstalten; Errichtung ausgedehnter Straflager, die zu einem erheblichen Teil von »Gewissensgefangenen« bevölkert werden.<sup>56</sup> Die Berichte internationaler Menschenrechtsorganisationen und in Usbekistan tätiger NROs werden immer alarmierender. Zuletzt, Anfang Juli 2001, wurde der Tod des usbekischen Menschenrechtsaktivisten Schowruk Rusimuradow während seiner Haft im Hauptquartier des Innenministeriums gemeldet.

Verunsichert durch islamistische Herausforderungen, wie sie sich zumindest im Ferganatal schon Anfang der 90er Jahre zeigen, mag zwar ein Teil der Bevölkerung Verständnis dafür haben, daß die Regierung gegen Abweichungen von einem staatlich sanktionierten Islam vorgeht.<sup>57</sup> Doch dieses Vorgehen nahm seit 1997, nach Terrorakten in Namangan, den Charakter massenhafter Verfolgung an. Die Kampagne gegen nichtsanktionierte religiöse Aktivitäten hat die Zahl der Strafgefangenen des Landes anschwellen lassen und die Sicherheitsbürokratie aufgebläht. Die unabhängige Menschenrechtsorganisation Usbekistans schätzt die Zahl der politischen Gefangenen des Landes auf 7600 Personen. Davon »verbüßen« 7400 wegen »illegaler« religiöser Aktivitäten unter dem Straftatbestand »verfassungsfeindliches Handeln« lange Freiheitsstrafen in den Straflagern und Gefäng-

<sup>56</sup> 1999 wurde die Existenz des Straflagers Jaslyk in einem Wüstengebiet Karakalpakstans (im Westen Usbekistans) südwestlich des Aral-Sees von unabhängigen Quellen bestätigt. Berichte von Menschenrechtsgruppen weisen darauf hin, daß hier überwiegend Mitglieder unabhängiger islamischer Gemeinschaften inhaftiert sind und Zwangsarbeit verrichten; *Amnesty International*, Uzbekistan: The Rhetoric of Human Rights Protection, No. 21, Juni 2001, S. 20.

<sup>57</sup> Abeer Khalid, The Politics of »Antifundamentalism«, in: *Eurasia Insight*, 24.4.2000, [www.eurasianet.org](http://www.eurasianet.org).



nissen und unterliegen besonders schlimmen Haftbedingungen. Zuletzt waren Menschenrechtsorganisationen in Usbekistan vor allem mit der Frage befaßt, ob und inwieweit politische und Gewissensgefangene in die bevorstehende Amnestie anlässlich des zehnten Jahrestags der Unabhängigkeit im September 2001 einbezogen werden.<sup>58</sup>

In den Ferganatal-Provinzen Usbekistans hat die Repressionspolitik gegen »religiösen Extremismus« dazu geführt, daß viele Familien ihrer Ernährer beraubt wurden. Im Frühjahr und Sommer 2001 kam es in Andishon und anderen Städten des Ferganatals sowie in der Hauptstadt Taschkent zu Protestaktionen, an denen sich hunderte Frauen beteiligten. Sie verlangten die Entlassung ihrer Männer und Söhne aus der Haft.<sup>59</sup> Zuletzt appellierten im August 2001 mehr als 400 Frauen, deren männliche Angehörige als Mitglieder oder Sympathisanten der HTI verhaftet worden waren, an den Präsidenten. Da in Usbekistan regimekritische Demonstrationen rigide unterdrückt werden und auch keine Tradition haben, fallen solche Protestaktionen ins Gewicht. Sie sind Ausdruck wachsender Verzweiflung in der Bevölkerung, können aber auch auf einen zunehmenden Organisations- und Öffentlichkeitsgrad islamistischer Bewegungen hindeuten. Die Konfrontation zwischen der Regierung und angeblichen »religiösen Extremisten« treibt einen Keil in die Gesellschaft und in die Familien. Wenn die Behörden einen jungen Mann verdächtigen, Anhänger der »Islamisten« zu sein, setzen sie dessen Familie und soziales Umfeld, die Mahalla (Stadtviertelgemeinschaft), unter Druck. Menschenrechtsaktivisten schlagen Alarm gegenüber Sippenhaft-Praktiken, die wachsende Bevölkerungsteile treffen.<sup>60</sup> Da die Behörden aber gleichzeitig gegen Missionsbemühungen nicht-islamischer Glaubensgemeinschaften unter der muslimischen Bevölkerung des Landes vorgehen und den Islam zu einem bestimmenden Merkmal des »Usbekentums« erheben, ergibt sich eine paradoxe Situation: »This policy towards religion means that in one interrogation cell the SNB (former KGB) berate an Uzbek Pentecostal, calling him a traitor to the State because

he is not a Muslim. In the next cell along, a pious young Muslim is beaten and declared a traitor precisely because he is.«<sup>61</sup>

In einer Anhörung im US-Kongreß führte Michael E. Parmly vom Komitee des Repräsentantenhauses für internationale Beziehungen am 18. Juli 2001 folgendes aus:

»We have repeatedly expressed our view to Uzbekistan's President Karimov that his persecution and repression of legitimate, peaceful practitioners of Islam is counterproductive. Rather than lessening the threat, he is actually radicalizing Uzbekistan's disaffected and disenfranchised youth and driving them into the arms of the Islamic Movement of Uzbekistan and its radical allies. We have seen signs that the governments of Kazakhstan and Kyrgyzstan may soon escalate their own campaigns against peaceful Islamic activities, and we have cautioned them against such steps.«<sup>62</sup>

Die Gefahr einer politisch-religiösen Radikalisierung weiter Bevölkerungsteile und einer gesellschaftlichen Spaltung wird in den zentralasiatischen Staaten allerdings durch folgende Faktoren in Grenzen gehalten:

- Die Unterstützungsbasis für religiös fundierte Opposition gegenüber der säkularen Staatsgewalt bleibt trotz der Ausweitung islamistischer Mobilisierung über ihre ursprünglichen lokalen Enklaven im Ferganatal hinaus nach wie vor begrenzt. Der größere Teil der Bevölkerung sieht in der Kalifatsutopie der HTI wohl kaum den Ausweg aus den bedrückenden sozialökonomischen Problemen der Transformationsperiode.
- Die konservative Gesellschaft Usbekistans und anderer zentralasiatischer Staaten ist traditionell zurückhaltend gegenüber regierungsfeindlichen Bewegungen.
- Die ethnischen Differenzierungen in Zentralasien, die sich auch und gerade durch das unterschiedliche Verhältnis zum Islam ausdrücken, reduzieren die Möglichkeit einer integrierenden islamischen Bewegung.<sup>63</sup>
- Nicht alle Handlungen der Regierungen sind repressiver Natur. Die Regime versuchen auch gesellschaftspolitische und ideologische Antworten auf

<sup>58</sup> Galina Bukharbaeva, Tashkent, in: RCA, No. 67, 31.8.2001, www.iwpr.net.

<sup>59</sup> Uzbeks Loosing Patience, in: Times of Central Asia on the Web, 11.4.2001.

<sup>60</sup> »Family members have proved the most effective form of leverage in the battle against radical Islam. Relatives are held in prison indefinitely until the Wahhabi gives himself up; often torture is used to speed up the process« (Turkistan Newsletter, 5 [6.6.2001] 094).

<sup>61</sup> Ebd.

<sup>62</sup> Silencing Central Asia, 29.7.2001, <http://www.eurasianet.org/departments/rights/articles/eav072701>.

<sup>63</sup> F.A.S.T Report: Uzbekistan. Country Update 2/2001, February–April 2001, Bern: Swiss Peace Foundation, Mai 2001, S. 4.

ihre Herausforderer zu geben. Erste zaghafte Ansätze Taschkents zu einem Dialog mit Anhängern (nicht mit Mitgliedern) dissidentischer Bewegungen kommen allerdings reichlich spät. Die Regierung, die sich bisher überwiegend auf Gewaltstrategien beschränkt hat, fordert von ihren Gegnern Mäßigung und Dialogbereitschaft, bietet für diesen Appell aber kaum noch Überzeugungskraft auf.<sup>64</sup>

## Ideologische, pädagogische und religionspolitische Maßnahmen

In den ersten Jahren der Unabhängigkeit hob Präsident Karimow in seinen Aussagen zur Entwicklungsstrategie Usbekistans die Entideologisierung von Politik und Wirtschaft als Hauptaspekt der Distanzierung von der sowjetischen Vergangenheit hervor. Heute macht er dagegen ein »ideologisches Vakuum«, in das radikale Kräfte einzudringen versuchen, als Hauptursache für die Sicherheitskrise seines Landes aus. Die Regierung müsse eine verlässliche ideologische Alternative insbesondere zum radikalen Islam anbieten. Im April 2000 versammelte der Präsident Schriftsteller, Journalisten, Geistliche, Historiker und Gesellschaftswissenschaftler um sich und verkündete in einer veröffentlichten Rede, man könne ein falsches Glaubensfundament nur mit einem richtigen bekämpfen. Das richtige Fundament wird in einer – allerdings schon seit einigen Jahren eifrig betriebenen – Ideologie der nationalen Souveränität gesucht, die den heutigen Nationalstaat Usbekistan in die Geistes- und Kulturgeschichte Mittelasiens projiziert. Die zahlreichen Schriften und Reden des Präsidenten bilden die Grundlage für den Politikunterricht an usbekischen Schulen. Sogar Kindergärten werden angewiesen, den Nachwuchs mit der nationalen Ideologie vertraut zu machen. Bücher aus der Zeit vor der Unabhängigkeit werden zunehmend aus dem Verkehr gezogen. Kandidaten für Staatsämter werden auf ihren Patriotismus geprüft und aufgefordert, ihre Kenntnisse der Schriften Karimows nachzuweisen. Im

<sup>64</sup> Der Staatsanwalt der Region Namangan, einem Zentrum religiöser Aktivität im Ferganatal, sagte am 20. April 2001 in einem Zeitungsinterview aus, daß Bemühungen der Regierung um Unterstützung ihrer Religionspolitik in der Bevölkerung keine Erfolge zeitigten. Man habe Foren für die Diskussion über »religiösen Extremismus« gebildet, die sich aber als wirkungslos erwiesen hätten; Eurasia Insight, 25.7.2001, [www.eurasianet.org](http://www.eurasianet.org).

akademischen Bereich werden der Verteidigung von Dissertationen und anderen Examen ähnliche Prüfungen vorgeschaltet.<sup>65</sup>

Die ideologischen Anstrengungen der Regierung gelten insbesondere den jungen Leuten, die den größten Bevölkerungsteil des Landes bilden. Auf Geheiß des Präsidenten wurde die Jugendorganisation reformiert. Sie soll befähigt werden, junge Leute zu immunisieren – und zwar »gegen die Gehirnwäsche mit Ideen, die der Natur und den geheiligten Traditionen des usbekischen Volkes widersprechen«. Unter Hinweis auf die Aktivitäten radikaler islamischer Organisationen unter arbeitslosen Jugendlichen und den Zulauf der IBU aus diesem Rekrutierungsfeld, forderte der Präsident dazu auf, das »geistige Vakuum« des Landes mit Werten zu füllen, »die dem Interesse der jungen Leute an Wissenschaft, am Berufsleben, einem gesunden Lebensstil und kreativer Arbeit entsprechen«. Dazu ein Dozent an einer ländlichen Berufsschule: »Der Präsident hat keine Berührung zur usbekischen Jugend und ihren Überlebensproblemen ... Was er da an Absichten vorträgt, ist Lichtjahre von den Realitäten entfernt, mit denen der durchschnittliche junge Usbeke heute konfrontiert ist. Die meisten Jugendlichen, die unser Kolleg verlassen, werden keine Anstellung finden. Die Familien kämpfen um das tägliche Überleben. Gesundheitsprobleme nehmen überhand. Und er spricht da von gesundem Lebensstil und kreativer Arbeit.«<sup>66</sup>

Die Religionspolitik der zentralasiatischen Staaten ist zweigleisig, wie auch die »religiöse Wiedergeburt« in der Region auf zwei gegensätzlichen Gleisen verlief. Einerseits waren ihre Träger die nachsowjetischen Regierungen und geistlichen Verwaltungen der Muslime (Muftiate), die sich nach dem Zerfall der Sowjetunion auf der Ebene der einzelnen Republiken neu organisierten, andererseits nicht-regierungsgebundene Kulturvereinigungen, Parteien und »grass-root-movements«. Staat und Muftiat brachten den Islam in ein »nationalstaatliches Gehäuse« ein. Für die politischen Machteliten, die reibungslos von sowjetischen in nachsowjetische Herrschaftsstrukturen hinübergliederten, hatte die Hinwendung zum Islam ambivalenten Charakter, ging sie doch mit der nachdrücklichen Betonung der verfassungsmäßigen Trennung von Religion und Staat und der säkularen

<sup>65</sup> Arslan Kasymov (Pseudonym), Tashkent, in: RCA, No. 51, 11.5.2001, [www.iwpr.net](http://www.iwpr.net).

<sup>66</sup> Jennifer Balfour, The Crisis Facing Uzbek Youth Today, in: Eurasia Insight, 4.4.2001.

Grundlage nachsowjetischer Nations- und Staatsbildung einher. Der russische Islamexperte Malaschenko hebt drei Motive hervor, welche die neu-alten Machteliten veranlaßt haben, an den Islam zu appellieren: 1. Die Logik von »nationalising regimes«, die den Islam in ihre Politik einbeziehen mußten, wollten sie nicht auf eine wichtige historisch-kulturelle Ressource für Nationalbewußtsein verzichten. Dies geschah stärker in fast rein muslimischen Ländern wie Usbekistan (über 90% der Bevölkerung) als in Staaten wie Kasachstan und Kirgistan, wo eine islamische Ausprägung offizieller Nationalideologie den Widerstand relativ breiter nichtmuslimischer Bevölkerungsteile provoziert hätte. 2. Das Bemühen, bei der Initiative zur Nutzung des Islam Oppositionsgruppierungen zuzuvorkommen, die dazu übergingen, Regimekritik religiös zu artikulieren. 3. Die außenpolitische Nutzung für die Festigung der Autorität der unabhängig gewordenen Staaten in der islamischen Welt.<sup>67</sup> Allerdings wurde in keinem der Länder Zentralasiens nationale Symbolik überwiegend vom Islam bestimmt. Da traten Symbole hinzu, die nur bedingt oder gar nichts mit Islam zu tun haben: mythische Nationalhelden (Manas in Kirgistan), nomadische Kultursymbole, muttersprachliche Dichter, einheimische Repräsentanten von »Aufklärung« (Abai in Kasachstan) und andere.

In Usbekistan betrieb der Staat einen offiziellen Kult mit politischen, kulturellen und religiösen Symbolen aus den Glanzperioden mittelasiatischer Geschichte auf seinem Territorium. Zu diesen Symbolen gehören bedeutende Repräsentanten islamischer Wissenschaft wie der in Buchara geborene und in Samarkand gestorbene Traditionsgelehrte al-Buchari, dem bei Samarkand ein regelrechtes Staatsheiligtum gewidmet wurde. Für die »tiefere Erforschung des großen islamischen Erbes und der Werke islamischer Theologen und Gelehrter« wurden 1995 das internationale Zentrum für Islamforschungen und 1999 die Islam-Universität in Taschkent gegründet. Die Regierung verbindet die historischen Symbole mit der modernen Nationalstaatlichkeit Usbekistans. Ideologen der Regierungspartei kreierten eine als »weltlicher Islamismus« bezeichnete Grundlage eines staatskonformen Islam und präsentierten sie als Instrument nationaler Integration und Gegenmodell zum »religiösen Extremismus«. Die Periode der Timuriden

<sup>67</sup> A. Malašenko, Islam i Politika v gosudarstvach Central'noj Azii [Islam und Politik in den Staaten Zentralasiens], in: Central'naja Azija i Kavkaz, 4 (1999) 5, S. 59–66.

(14.–16. Jahrhundert) und noch frühere Phasen mittelasiatischer Geschichte auf dem Boden des heutigen Usbekistan werden als Beweis dafür genommen, daß sich bei aller Einbindung in islamische Zivilisation, der weltliche Charakter des Staates in dieser Region schon seit langem – und nicht erst mit der Sowjetisierung – entwickelt habe. Gleichzeitig bekennt sich die Regierung zur Glaubensvielfalt und religionspolitischen Toleranz eines modernen säkularistischen Staatswesens. So heißt es in einer Broschüre zum zehnten Jahrestag der Unabhängigkeit: »Usbekistan hat sich für den weltlichen Weg entschieden. Religiöse Toleranz und respektvoller Umgang mit nationalen und religiösen Gefühlen haben hohen Rang. Dies belegen Ergebnisse einer Meinungsumfrage, die unter den wichtigsten ethnischen Gruppen durchgeführt wurde: 95,7% der Befragten sind der Meinung, daß Frieden und Stabilität sowie die interethnische und religiöse Toleranz die größten Errungenschaften der Unabhängigkeit Usbekistans sind.«<sup>68</sup>

Unter den nicht-staatlichen Trägern »islamischer Wiedergeburt« befanden sich Bewegungen, die eine Rückkehr zum »reinen Islam« anstrebten und die bestehenden politischen und kulturellen Verhältnisse mit »heidnischer Unaufgeklärtheit« gleichsetzten. Im nachsowjetischen Usbekistan wurden solche fundamentalistischen Bewegungen entschiedener bekämpft als in der spätsowjetischen Periode, in der sie erstmals registriert wurden. Die Regierung ging gegen den Islam dort vor, wo er sich staatlicher Religionspolitik entzog und nicht dem 1998 novellierten Religionsgesetz entsprach, in dem der Staat volle Kontrolle über die religiösen Aktivitäten der Bevölkerung beansprucht. Die offizielle Religionspolitik geht von zwei plausiblen Zielsetzungen aus. Sie bekräftigt den säkularen Charakter der Staatsverfassung und hat den religiösen Frieden in einem multikonfessionellen, freilich überwiegend muslimischen Vielvölkerstaat zu wahren.<sup>69</sup> Sie verfolgt diese Ziele aber in einer Weise, die an sowjetische Religionspolitik erinnern: an den

<sup>68</sup> Botschaft der Botschaft der Republik Usbekistan in der Bundesrepublik Deutschland (Hg.), Usbekistan. Zehn gute Jahre, Berlin 2001, S. 35.

<sup>69</sup> Von 1702 religiösen Vereinigungen und Gemeinden in Usbekistan, die bis August 1999 offiziell registriert wurden, gehörten 1566 (92%) zum Islam, 44 zur protestantischen Kirche Koreas (in Usbekistan lebt eine koreanische Minderheit), 30 zur russisch-orthodoxen Kirche, 16 zur Baptisten-gemeinschaft, weitere zu den Adventisten, zur jüdischen Gemeinde, zur lutherischen Kirche, zur Bahai-Sekte u.a.; Pravda Vostoka, 14.8.1999.

Glauben, die Religiosität der Bevölkerung lückenlos kontrollieren und dissidente Erscheinungen in diesem Bereich mit staatlichen Machtmitteln gewaltsam bekämpfen zu können. Vertreter der Staatsgewalt geben inzwischen zu, daß diese Mittel nicht greifen.

Kasachstan unterscheidet sich von seinen südlichen Nachbarn durch seine multinationale Bevölkerung, die eine Vielzahl von Glaubensrichtungen umfaßt.<sup>70</sup> Religionspolitische Herausforderungen wurden von der Regierung zwar von Beginn der Unabhängigkeit an mit der Wahrung nationaler Sicherheit und gesellschaftlichen Friedens in Verbindung gebracht, aber nicht speziell auf islamische Bewegungen bezogen. Etablierte Glaubensgemeinschaften wie der Islam und die Russisch-Orthodoxe Kirche bildeten vielmehr eine gemeinsame Abwehrfront gegen intensive Missionsbemühungen nicht-traditioneller Kirchen und Sekten westlicher oder östlicher Provenienz. In jüngster Zeit wird die Novellierung des liberalen Religionsgesetzes von 1992 zwecks Einschränkung ausländischer Missionsaktivitäten diskutiert, und zwar mit Blick auf Sekten unterschiedlichster Denomination, die immer offensiver die etablierten Kirchen herausfordern und damit angeblich Unruhe in die Gesellschaft Kasachstans hineintragen.<sup>71</sup> Neuerdings wird dabei verstärkt auf islamistische Einflüsse im Süden des Landes hingewiesen. Dort seien extremistische religiöse Bewegungen aktiv geworden, die aus anderen Teilen Zentralasiens, insbesondere aus Usbekistan, bekannt sind. Im Süden Kasachstans gibt es einen überdurchschnittlich hohen Anteil gläubiger Muslime.<sup>72</sup> Der

**70** Laut Pressenachrichten der Botschaft der Republik Kasachstan in Deutschland (No. 11, Juni 2001) sind zur Zeit 2299 Religionsgemeinden registriert, die 46 Konfessionen vertreten. Die größten Religionsgemeinschaften sind der Islam mit 1150 Gemeinden und 1275 »Kultuseinrichtungen« und die russisch-orthodoxe Kirche mit 220 Gemeinden. Daneben sind die katholische Kirche mit 32 Gemeinden und protestantische Gemeinden (Baptisten, Lutheraner, Adventisten, Neupostlische und Evangelische Kirche) vertreten. Unter den vom Ausland finanzierten nicht-traditionellen Kirchen und Sekten werden die Zeugen Jehovas, die Scientologische Kirche, die Moon-Sekte und die Weiße Bruderschaft als besonders aktiv erwähnt.

**71** Jakov *Trofimov*, Gosudarstvo, obščestvo i religija v sovremennom Kazachstane [Staat, Gesellschaft und Religion im heutigen Kasachstan], in: Central'naja Azija i Kavkaz, (2001) 2, S. 148–156; A Law versus Religious Extremism, in: The Globe, 4.6.2001, <http://www.times.kg>.

**72** Laut demoskopischen Studien von 1999 und 2000 liegt der Anteil der »Gläubigen« verschiedener Konfessionen in einer Provinz Nordkasachstans (Kustanaï) bei 37%, dagegen in zwei Südprouvinzen (Almaty, Tschimkent) bei 86,7% (überwie-

gend Muslime); *Trofimov*, Gosudarstvo obščestvo i religija, S. 149.

Staat solle die Registrierung von Glaubensgemeinden und den Bau neuer Moscheen restriktiver behandeln und die Kontrolle über bereits bestehende Moscheen verschärfen, um die islamistische Penetration des Landes von Süden her zu blockieren.<sup>73</sup> Gegen staatliche Interventionsmaßnahmen spricht sich dagegen der Direktor des Instituts für Strategische Studien Kasachstans aus. Er sieht in der religiösen Unaufgeklärtheit seiner Landsleute eine der größten Gefahren hinsichtlich einer Politisierung und Radikalisierung von Religion und fordert als Gegenmittel die Verbreiterung des Religionsunterrichts, aber nicht als Angelegenheit des Staates, sondern einer von ihm unabhängigen Geistlichkeit.<sup>74</sup>

Auch Kirgistans Religionspolitik orientierte sich bis vor kurzem an der von der Verfassung geschützten Glaubens- und Gewissensfreiheit und sah kaum staatliche Interventionen gegen die Religionsausübung seiner Bürger vor. Das Land entwickelte aber ähnlich wie Kasachstan eine Abwehrhaltung gegen ausländische Missionsaktivitäten aus den unterschiedlichsten Glaubensgemeinschaften, die durch die terroristischen Übergriffe islamistischer Akteure auf das Staatsterritorium Kirgistans seit 1999 erheblich verstärkt wurde. In diesem Zusammenhang wird das Religionsgesetz als veraltet, den neuen Sicherheitsherausforderungen nicht mehr entsprechend gewertet und seine Novellierung diskutiert. Der Entwurf der Neufassung erinnert an das usbekische Vorgehen: Ein Staatskomitee für Religionsangelegenheiten wird an die Spitze staatlicher Kontrolle über religiöse Aktivitäten der Bevölkerung gesetzt, staatliche Organe sollen die Registrierung von Glaubensgemeinden und deren Wirtschafts- und Finanzaktivitäten kontrollieren.<sup>75</sup>

Eine religions- wie außenpolitische Besonderheit stellt Turkmenistan dar. Es hat zwar weit weniger Aufhebens von der islamistischen Bedrohung gemacht als seine Nachbarn und sich der Anti-Taliban-Politik Rußlands und der zentralasiatischen Staaten nicht angeschlossen. Dafür aber nimmt der Staatskult um den als »Turkmenbaschi« (Haupt der Turkmenen) verherrlichten Präsidenten zunehmend religiöse Züge an. In der Regierungszeitung wurde der Präsident, der an einer eigenen Nationalreligion namens »Ruhname«

gend Muslime); *Trofimov*, Gosudarstvo obščestvo i religija, S. 149.

**73** Gaziz *Daulenov* in: Megapolis, 4.4.2001.

**74** Kazakhs' Ignorance of Islam Could Lead to Islamist Politics, in: Times of Central Asia, 10.4.2001.

**75** Kyrgyz Society Discussing New Law on Religion, ebd., 29.3.2001.

bastelt, bereits als Prophet verherrlicht. Er hat kürzlich die letzte unabhängige islamische Bildungseinrichtung im Lande, ein theologisches Seminar in Taschchawus, mit der Begründung schließen lassen, der »ungerechtfertigten Expansion« islamischer Schulen im Grenzgebiet mit Usbekistan entgegenzutreten zu müssen. Die verfassungsmäßig garantierte Religionsfreiheit wurde in der Unabhängigkeitsperiode tatsächlich noch stärker eingeschränkt als in sowjetischer Zeit. Aktivisten der unterschiedlichsten Glaubensgemeinschaften, am stärksten protestantischer Kirchen und nicht-traditioneller Sekten, werden schikaniert und verfolgt. Viele befinden sich in Haft.

In allen zentralasiatischen Staaten wird eifrig an Deutungen der eigenen Geschichte gearbeitet und die als vorrangig angesehene Version im Schulunterricht und in der Literatur propagiert. Man sucht verständlicherweise die Distanzierung vom sowjetischen Erbe und der russischen Sichtweise mittelasiatischer Geschichte, bewegt sich aber auf den in sowjetischer Zeit gelegten Gleisen »nationaler Abgrenzung«. Auf der innerstaatlichen Ebene ein ideologisches Instrument der Staats- und Nationsbildung, erscheint die Geschichtspolitik auf der zwischenstaatlichen Ebene als eine Quelle für Konflikte. Da wird die Vergangenheit einer Region, die erst durch sowjetische Kommissionen in nationale Gebietseinheiten aufgeteilt worden war, nationalstaatlich okkupiert, werden Kultursymbole Mittelasiens ethnisch vereinnahmt, wird ein islamischer Philosoph wie al-Farabi (9./10. Jahrhundert) zum »Kasachen«, weil er auf dem heutigen Territorium Kasachstans geboren wurde, oder der Reichsgründer Timur zum »Usbeken«, obwohl die »usbekische« Herrschaft sich erst nach der Timuridendynastie und im Kampf gegen dieselbe entfaltet hatte.<sup>76</sup> Geradezu auf Kollisionskurs gehen die Geschichtskonstruktionen Usbekistans und Tadschikistans.<sup>77</sup>

<sup>76</sup> Arslan Koichiev, *Tension Shrouds Central Asian Attempts to Connect with the Past*, in: *Eurasia Insight*, 20.4.2001.

<sup>77</sup> Igor Torbakov, *Tajik-Uzbek Relations: Divergent National Historiographers Threaten Tensions to Aggravate*, <http://www.eurasianet.org/departments/culture/articles/eav061201.shtml>; *Uzbekistan-Tajikistan: Brothers Competing for History*, in: *Times of Central Asia on the Web*, 28.6.2001.

## Riskantes Verhalten im zwischenstaatlichen Bereich

Zu den innerstaatlichen Bruchlinien treten Kooperationsmängel und eine Reihe politischer, wirtschaftlicher und kultureller Konkurrenzerscheinungen in den Beziehungen zwischen den Staaten hinzu. In Zentralasien gab es nach dem Zerfall der Sowjetunion starke Impulse, ja Zwänge für regionale Integration. Allein der ökologische Faktor, der in der Verlandung des Aral-Sees seinen alarmierendsten Ausdruck findet, setzte einen ausreichenden Kooperations-Imperativ. Die zentralasiatischen Führer haben immer wieder zur Zusammenarbeit auf diesem Gebiet aufgerufen, ohne zu nennenswerten Erfolgen zu kommen. Eine juristische, technische und politische Regelung zwischenstaatlicher Wasserbewirtschaftung ist kaum ansatzweise zustande gekommen. Es gab zwar Versuche multilateraler Zusammenarbeit und regionaler Integration, aber die von ihnen produzierten Institutionen wie die Zentralasiatische Wirtschaftsunion von 1994 brachten ähnlich wie die GUS vor allem Dokumente hervor. Nur ein Bruchteil darin vorgesehener Maßnahmen wurde umgesetzt. Zentralasiatische Staaten sind zwar in eine Vielfalt transnationaler Strukturen und Initiativen eingebunden (GUS-Sicherheitspakt, Eurasische Wirtschaftsunion, Zentralasiatische Wirtschaftsunion, Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit), arbeiteten untereinander bislang aber nicht effektiv zusammen. Auf wirtschaftlicher Ebene werden Integration und Kooperation durch die rohstofforientierte Exportstruktur behindert, die aus den Ländern eher Konkurrenten macht, auf politischer Ebene durch die paternalistischen Herrschaftsstrukturen, die nationale Führer wie Karimow, Nijazow und Nasarbajew nicht gerade in Freundschaft zusammenführen, auf historischer Ebene durch traditionelle Rivalitäten wie der zwischen Usbeken und Kasachen.

### Der Druck des afghanischen Konfliktherds

Von den GUS-Außengrenzen zu Afghanistan (Turkmenistan rund 750 km, Usbekistan 140 km, Tadschikistan 1200 km) gingen in den letzten Jahren sicherheitspolitische Herausforderungen aus, die Druck auf ganz Zentralasien ausübten. Dieser Druck pflanzte

sich bis an den Nordrand der Region fort, bis an die mehr als 6000 km lange Grenze zwischen Kasachstan und Rußland, deren Kontrolle und Befestigung noch ganz in den Anfängen steckt. Seit September 2000 verstärkte sich vor allem der Druck auf die tadschikisch-afghanische Grenze, an der das größte Grenzschutzkontingent Rußlands im »nahen Ausland« disloziert ist. Vor dem September 2001, der in Hinsicht auf die internationale Politik gegenüber Afghanistan einen Wendepunkt einleitet, stand das Grenzgebiet auf afghanischer Seite größtenteils unter der Kontrolle der Taliban. Seit Februar 2001 kam es gelegentlich zu Artilleriebeschuß tadschikischen Territoriums, und seit April wurden die Grenzposten verstärkt. Gleichzeitig bereiteten sich die Gegner der Taliban auf neue Offensiven vor.

In Afghanistan selber vollzog sich bereits vor dem September 2001 die größte humanitäre Katastrophe seit der sowjetischen Invasion 1979. Da kombinierten sich Faktoren, von denen jeder einzelne für die Bevölkerung unerträgliche Bedingungen erzeugt. Die Kampfaktivitäten nahmen zu; die abstruse Sittendiktatur der Taliban steigert sich ins Unerträgliche; vor allem aber litt das Land unter der größten Dürre seit 30 Jahren. Selbst positive Entwicklungen wie das nun offenbar weitgehend umgesetzte Verbot des Opiumanbaus durch die Taliban zeitigten für die Bevölkerung zunächst negative wirtschaftliche Wirkungen. Afghanistan ist wahrscheinlich das Land mit der höchsten Sterblichkeit von Säuglingen, Kleinkindern und Müttern, der geringsten Lebenserwartung und des niedrigsten Bildungsniveaus sowie der höchsten Rate der durch Landminen Verletzten.<sup>78</sup> Hinzu kamen seit Januar 2001 neue Sanktionen der internationalen Gemeinschaft gegen das Talibanregime, die das Land noch weiter in die Isolation trieben. Diese Entwicklungen lösten in ihrer Kombination Völkerwanderungen aus – auch dies schon vor dem September 2001. Flüchtlingsströme bewegten sich im Landesinneren oder richteten sich auf Nach-

<sup>78</sup> Barnett Rubin/Ashraf Gani/William Maley/Ahmed Rashid/Olivier Roy, Afghanistan: Reconstruction and Peacemaking in a Regional Framework, Bern, Juni 2001 (KOFF Peacebuilding Reports, 1/2001), S. 9.

barländer, die zunehmend ihre Grenzen gegen eine weitere Aufnahme von Flüchtlingen verriegelten. Laut VN-Angaben vor dem September 2001 waren seit einem Jahr 700 000 Menschen innerhalb Afghanistans auf der Flucht, weitere 300 000 flüchteten nach Iran und Pakistan, wo bereits vier Millionen Flüchtlinge aus Afghanistan seit der sowjetischen Invasion leben.<sup>79</sup> Flüchtlinge sammelten sich auch in Nordafghanistan, in den Grenzgebieten zur GUS. Seit September 2000 sammelten sich zum Beispiel etwa 17 000 afghanische Flüchtlinge auf zwei Inseln im Grenzfluß Amu-Darja. Ihnen wurde der Zugang nach Tadschikistan verwehrt, unter anderem weil die Behörden in Duschanbe unter ihnen bewaffnete Mitglieder afghanischer Bürgerkriegsparteien vermuten. Der Druck von Fluchtwellen aus Afghanistan auf Nachbarländer ist seit dem 11. September 2001 dann noch dramatisch angewachsen.

Neben dem Flüchtlingsdruck bestehen die vom afghanischen Konflikt her ausgehenden Gefahren für die Stabilität junger, noch ungefestigter Staaten im zentralasiatischen Raum in folgenden Problemen:

- In der Beherbergung und Ausbildung internationaler Terroristen und der Existenz extremistischer islamischer Zentren auf dem Territorium Afghanistans. Auch hier divergieren die Zahlenangaben. Ein usbekischer Autor nennt zehn »Diversionen Zentren«, in denen insgesamt 10 000 Personen, darunter 1300 IBU-Aktivistinnen, ausgebildet wurden.<sup>80</sup> Ahmed Rashid spricht von 3000 IBU-Kämpfern, die bei Mazar-i-Sharif und Kunduz stationiert sein sollen. Insgesamt wird nach dem 11. September verstärkt der Eindruck erzeugt, dissidente islamische Bewegungen in den zentralasiatischen Staaten seien dem Taliban- und Bin-Laden-Spektrum zuzuordnen. Diese Zuordnung ist aber bislang nur für die IBU nachweisbar, nicht für die wahrscheinlich relevantere Hizb ut Tahrir.
- In der Zunahme des regionalen Drogenhandels: Tadschikistan und Kirgistan wurden zu Hauptumschlagplätzen des Exports von Opium und Opiumderivaten aus Afghanistan, das Ende der 90er Jahre zum größten Opiumproduzenten der Welt avancierte. Allerdings setzten die Taliban das im Juli 2000 aus religiösen Gründen verfügte Verbot des Opiumanbaus in letzter Zeit offenbar weit-

<sup>79</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23.6.2001, S. 5.

<sup>80</sup> Rustam Burnashev, O vozmozhnosti sitemy regional'noj bezopasnosti v Central'noj Azii [Über die Möglichkeit eines regionalen Sicherheitssystems in Zentralasien], in: Central'naja Azija i Kavkaz, (2001) 1, S. 23.

gehend durch. Auf den Drogentransfer hat die Maßnahme bislang keinen spürbaren Einfluß, da sich enorme Halden gebildet haben, von denen der Schmuggel noch lange zehren kann. Ein nicht unerheblicher Teil der in den GUS-Raum zielenden Drogenströme kam zudem aus dem geschrumpften Herrschaftsgebiet der Taliban-Gegner. Mehr oder weniger verlässliche Daten über Drogenströme verdeutlichen die Grenzdurchlässigkeit in Zentralasien.<sup>81</sup> Ein Land wie Kirgistan ist ohne internationale Unterstützung nicht in der Lage, den Transfer von Drogen und anderer Kontrabande über sein Staatsterritorium zu bekämpfen. In seinen Südpfeilern ist ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung notgedrungen in den Drogenhandel involviert. Hauptumschlagplatz für den Drogentransfer aus Afghanistan in den GUS-Raum ist aber Tadschikistan. Nach UN-Schätzungen wird über sein Territorium etwa ein Drittel aller Drogen aus Afghanistan transferiert; ein beträchtlicher Teil der Wirtschaftsaktivitäten des Landes ist mit Drogenkriminalität verbunden. Der Grenzschutz Rußlands an der tadschikisch-afghanischen Grenze unterbindet laut dem 2001 erschienenen Bericht »Drogensucht in Rußland: Bedrohung der Nation?« höchstens ein Zehntel des Schmuggels.<sup>82</sup> Im ersten Drittel des Jahres griff er hier 460 kg Heroin auf.<sup>83</sup> Russische Quellen bestätigen, daß einige Grenzschutzoffiziere in die Drogenkriminalität verwickelt sind.<sup>84</sup> Besonders Usbekistan ist bemüht, die internationale Gemeinschaft auf die gravierenden Implikationen des Drogenschmuggels für die Transitländer aufmerksam zu machen: »Zentralasien wird gegenwärtig mit den weitreichenden Plänen krimineller Gruppen zur Einrichtung von stabilen Korridoren und Routen für die Drogenbeförderung, zur Auf-

<sup>81</sup> So konnten von den Mengen verarbeiteten Opiums, die 1998 aus Afghanistan nach Kirgistan gelangten, höchstens 5% an der Grenze sichergestellt werden; Angaben des Chefs des kirgisischen Staatskomitees für Drogenkontrolle, zitiert von Tamara Makarenko, Kyrgyzstan and the Global Narcotics Trade, 12.8.1999, online: Eurasia Insight, www.eurasianet.org, S. 2 von 4.

<sup>82</sup> Jamestown Monitor, 7 (13.6.2001) 114.

<sup>83</sup> Interfax, 10.4.2001.

<sup>84</sup> Ein ehemaliges Mitglied des militärischen Geheimdienstes dazu: »Tadschiken besorgen den Stoff in Afghanistan, russische Truppen helfen beim Transport über den Grenzfluß Pjandsch (Amu-Darja) und dann geht das Zeug mit Militärtransporten nach Rußland« (Interview mit Anton Surikov in: Moskovskie Novosti, zit. nach: Jamestown Monitor, 13.6.2001).

rechterhaltung der politischen Instabilität, die für ein blühendes Drogengeschäft unerlässlich ist, konfrontiert.«<sup>85</sup> Das Thema war vor der Bildung einer internationalen Anti-Terror-Allianz unter den nicht-traditionellen Sicherheitsrisiken Zentralasiens dasjenige, das Europa am stärksten betraf. Die EU stellte drei Millionen Euro für ein Zweijahresprogramm zur Verfügung, das gezielt auf die Unterbindung des Drogentransfers über Zentralasien nach Europa gerichtet ist. Die USA unterstützen die Länder in »counter-narcotics techniques« und liefern Grenzschutz- und -kontroll-ausrüstung nach Zentralasien. Angesichts der Korruption in den Ländern haben aber einige an entsprechenden Programmen beteiligte westliche Experten geäußert, nicht recht zu wissen, ob ihre Expertise bei der Zusammenarbeit mit lokalen Stellen eine effizientere Drogenbekämpfung oder »more sophisticated traffickers« schaffe.<sup>86</sup>

- Ein von russischen und zentralasiatischen Quellen hochgespieltes Risiko wurde vom Direktor des Föderalen Grenzschutzes Rußlands im April 2001 ausgeschlossen: ein massiver Angriff von Talibantruppen auf GUS-Territorium.<sup>87</sup>

## Zentralasien zwischen Entgrenzung und Abriegelung

Einerseits verdeutlichten diese Gefahren sowohl die Durchlässigkeit bestehender Grenzen wie die Notwendigkeit von Grenzsicherung, andererseits provozierten sie ein Abriegelungsverhalten, das den von Europa unterstützten Bestrebungen nach regionaler Integration, Rehabilitation von und friedlicher Inter-

<sup>85</sup> Prioritäten der Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des illegalen Drogenhandels, der organisierten Kriminalität und des Terrorismus in Zentralasien. Deklaration über die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des illegalen Drogenhandels, der organisierten Kriminalität und des Terrorismus in Zentralasien. Botschaft der Republik Usbekistan in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin, 23.2.2001.

<sup>86</sup> Nancy Lubin, International Drug Programs in Central Asia Clouded in Controversy, in: Eurasia Insight 10.5.2001, <http://www.eurasianet.org>.

<sup>87</sup> Sollten aber die Gegner der Taliban vollständig besiegt werden, »würden die Taliban noch verstärkt Aktionen der Opposition in den Nachbarstaaten durch finanzielle Unterstützung und Waffenlieferungen fördern und den Boden für eine Destabilisierung der regionalen Situation bereiten. Wir sollten auf eine Verschärfung der Ereignisse im Ferganatal gefaßt sein« (Interfax und Times of Central Asia, 10.4.2001).

aktion in grenzübergreifenden Verkehrsräumen entgegenwirkt. Die Staaten werden einem Zielkonflikt unterworfen.<sup>88</sup> Die Menschen im nachsowjetischen Zentralasien haben bis vor kurzem in einer Region mit ähnlich offenen Grenzen gelebt, wie sie zwischen den Staaten Westeuropas heute bestehen. In sowjetischer Zeit bildeten die Grenzen zwischen Unionsrepubliken keine wirklichen Trennlinien, und auch nach dem Zerfall der Sowjetunion konnte man sich zwischen den unabhängig gewordenen Staaten in einem visafreien Raum relativ ungehindert bewegen. Da sich nun auch der Eiserne Vorhang gegenüber Nachbarn außerhalb der GUS hob und Verkehrsverbindungen und Handelsbeziehungen nach China, Iran und Süd-asien entstanden, nährte die nachsowjetische Entwicklung die Erwartung an vermehrten friedlichen Austausch entlang historischer Verkehrs- und Kommunikationslinien, an die Wiedergeburt alter Seidenstraßen. Dieses Ideal wich jedoch in den letzten Jahren einer Serie neuer Visaregime und der Verschärfung von Grenzkontrollen. Angesichts der Migration von Drogen, Waffen und Insurgenten müssen die Staaten die Durchlässigkeit ihrer Grenzen eher als schweres Sicherheitsmanko denn als Beitrag zur Rehabilitation integrierter Geschichts-, Kultur-, Verkehrs- und Wirtschaftsräume betrachten.

Die Entwicklung nach dem 11. September 2001 läßt den Traum von grenzenlosen Seidenstraßen-Räumen nun vollends platzen. Er war schon vorher dadurch ernüchtert worden, daß die frühesten und profitabelsten Handelsformen auf eurasischen Transitrouten Drogen und andere Kontrabande betrafen. Ein anderes Risiko, nämlich legaler und illegaler Waffenhandel aus und in Zentralasien, ist von internationaler Bedeutung, liegt diese Region mit ihren rüstungswirtschaftlichen Hinterlassenschaften aus sowjetischer Zeit (Reste von ABC-Waffenarsenalen in Kasachstan, Usbekistan und Tadschikistan, Uranminen und -anreicherungsanlagen in Kasachstan und Tadschikistan) doch in der Nachbarschaft von Staaten wie Iran, Indien und Pakistan, die an Aufrüstung in diesen Sektoren interessiert sind – und in der Reichweite islamistischer Terrornetzwerke. Ein alarmierender Vorfall illegalen

<sup>88</sup> »Now, Tajikistan appears to be caught between competing goals. If the government succeeds at improving the trade environment through improved transportation routes, simplified customs procedures, and a more efficient banking system, these same efforts can lead to greater problems with drug trafficking and smuggling« (Gregory Gleason, Tajikistan Minister's Murder Points to Drug-Route Conflict, in: Eurasia Insight, 18.4.2001, [www.eurasianet.org](http://www.eurasianet.org)).



Waffentransports (zehn Bleicontainer mit hochradioaktivem Material) hat sich an der Staatsgrenze zwischen Kasachstan und Usbekistan im April 2000 ereignet.<sup>89</sup>

Die Maßnahmen gegen die IBU, den Drogenhandel und andere grenzüberschreitende Sicherheitsrisiken führten oft zur einseitigen Verschärfung von Grenzregimen, ohne damit insgesamt die Durchlässigkeit der Grenzen wesentlich zu reduzieren. So begannen seit September 2000 usbekische Grenzposten damit, Gelände entlang der Grenze zu Kirgistan und Tadschikistan zu verminen. Dies hat bereits zu Dutzenden von Todesopfern unter Staatsbürgern der Nachbarländer geführt. Das Außenministerium Kirgistans reichte mehrere Protestnoten gegen die einseitigen Grenzbefestigungsmaßnahmen des Nachbarn ein. Taschkent war Bitten der kirgisischen Regierung, die Minenfelder zu markieren oder Karten über die Lage der Minen auszuhändigen, nicht gefolgt. Im Mai 2001 rief Kirgistan die internationale Gemeinschaft an, Druck auf Usbekistan auszuüben, damit es die Landminen wieder beseitige.<sup>90</sup>

Ein eindringliches Beispiel für das Dilemma von Entgrenzung und Abriegelung bietet das Ferganatal. Es bildet eine historische, wirtschafts- und kultur-geographische sowie ökologische Einheit und wäre deshalb in hohem Maße auf ungestörte Kommunikation über neue Staatsgrenzen hinweg angewiesen, ist aber in gleichem Maße mit grenzüberschreitenden Sicherheitsrisiken und der Notwendigkeit erhöhter Grenzsicherung konfrontiert. Gerade hier spitzten sich schon Anfang der 90er Jahre Konfrontationen zwischen Staatsgewalt und islamistischer Opposition zu, gerade hier ist auch die Grenzkonfiguration von drei Republiken besonders verworren und enthält erhebliches Potential für Revisionsbestrebungen. Hier zeigt sich die »nationale Abgrenzung« Zentralasiens von ihrer bizarrsten Seite, was von islamistischen Kräften als Argument gegen eine »fremdbestimmte Nationalstaatlichkeit« ideologisch instrumentalisiert wird – gegen die Souveränitätsideologie der nach-sowjetischen Regierungen und für die Wiederherstellung eines integrierten islamischen politischen Raums im »Kalifat«. Flugblätter und Internet-Materialien der HTI lassen sich genüßlich über Fragmentie-

rungserscheinungen in Zentralasien und speziell im Ferganatal aus.

Dabei geriet besonders Usbekistan in den Verdacht, die Eindämmung der islamistischen Gefahr als Vorwand für eine hegemoniale Politik gegenüber den Nachbarstaaten zu nutzen. Der usbekische Geheimdienst verfolgte schon seit Jahren »religiöse Extremisten« über die eigenen Staatsgrenzen hinweg. Bischkek beschwerte sich über Übergriffe Taschkents auf kirgisches Territorium und die Entführung von Bürgern Kirgistans unter dem Verdacht, diese stünden mit Islamisten in Verbindung. Meist handelte es sich um ethnische Usbeken, die in Grenzregionen Kirgistans lebten. Fünf Bürger Kirgistans sind bis heute in usbekischer Haft unter ungeklärten Umständen gestorben. Ein Angehöriger des kirgisischen Nationalen Sicherheitsrats dazu: »Die Menschen in Südkirgistan leben mit der Angst, sie könnten auf usbekischen Steckbriefen als Kriminelle oder Staatsfeinde landen. Wir wissen nicht, ob die Entführten sich eines konkreten Verbrechens schuldig gemacht haben, aber selbst wenn sie brutale Mörder sein sollten, verletzen doch die Übergriffe unserer usbekischen Kollegen das Gesetz.«<sup>91</sup>

Bei der Bekämpfung der Freischärler im Ferganatal im Sommer 1999 griffen auch militärische Aktionen Usbekistans, unter anderem der Luftwaffe, auf Territorien der Nachbarstaaten über. Angesichts der fragmentarischen Kontrolle, die Tadschikistan und Kirgistan über ihre Hoheitsgebiete ausüben, legitimiert Taschkent eine solche Politik nicht nur als eigenes Sicherheitsbedürfnis, sondern als regionalen Sicherheitsbeitrag. Die Kontrolle über das Ferganatal gilt als eine Voraussetzung für die Eindämmung jener Bedrohungen, die man von Afghanistan ausgehen sieht.<sup>92</sup>

<sup>89</sup> Ariel Cohen, *The Arms Trade Flourishes in Central Asia*, in: Eurasianet. Business & Economics, 5.9.2001, [www.eurasianet.org](http://www.eurasianet.org).

<sup>90</sup> Paul Goble, RFE/RL, in: *Times of Central Asia on the Web*, 17.5.2001; Almaz Zhakipov, *Bishkek Fights against the Extremists... and against Tashkent*, ebd., 23.5.2001.

<sup>91</sup> Karamat Toktobaeva/Ulugbek Babakulov, *Uzbekistan Rapped for Illegal Arrests*, in: RCA, No. 52, 18.5.2001, [www.iwpr.net](http://www.iwpr.net).

<sup>92</sup> *Uzbekistan: Broadening It's Horizons?*, [www.stratfor.com](http://www.stratfor.com), 22.2.2001.

## Neue und alte Grenzkonflikte

Abgesehen von einem der gewaltsamsten nachsowjetischen Konflikte, den kriegerischen Auseinandersetzungen in Tadschikistan zwischen 1992 und 1997, vermittelte das nachsowjetische Zentralasien im Vergleich zur kaukasischen Region mit ihren ethnoterritorialen und Sezessionskonflikten lange Zeit einen Eindruck von Stabilität. Dabei waren Prognosen zur territorialen Ordnung dieses Raumes zu Beginn der staatlichen Unabhängigkeit eher skeptisch ausgefallen. Angesichts der Inkongruenz ethnischer und politischer Grenzen sah man auch für ihn ethnoterritoriale Konflikte voraus, zum Beispiel als Extremzenario einen Zerfall Kasachstans in eine Nord- und eine Südhälfte entlang slawisch-türkischer, europäisch-muslimischer Nahtstellen. Solche Prognosen haben sich nicht bewahrheitet. Stabilitätsanalysen zum Vielvölkerstaat Kasachstan betonen, daß soziale Konfliktlinien stärker ins Gewicht fallen als ethnische.<sup>93</sup> Das Pandämonium des Nationalismus entfaltete sich in Zentralasien nicht in dem Maße wie in anderen postkommunistischen Regionen.

Was die Stabilität neuer Staatsgrenzen betrifft, schien sich jenes Prinzip des »uti possidetis« zu bestätigen, daß nachkoloniale Staaten bestehende Grenzen respektieren, auch wenn deren Verlauf weder topographischen noch ethnischen oder historischen Verhältnissen völlig gerecht wird. Die »nationale Abgrenzung« von 1924–1936, mit der die nationalterritorialen Einheiten Turkmenistan, Usbekistan, Kasachstan, Kirgisien und Tadschikistan geschaffen worden waren, hat durchaus kolonial anmutende Grenzverläufe hinterlassen. »Nicht nur in naturräumlich zerklüfteten Gebieten, sondern auch in dichtbesiedelten Regionen nehmen die Grenzen mancherorts einen merkwürdig kurvigen Verlauf, schlagen mitten in öden Steppen Haken, schlängeln sich zwischen Städten und Siedlungen eines einheitlichen Raumes hindurch und hinterlassen dabei schon auch mal Inseln des einen Staats auf dem Territorium des anderen.«<sup>94</sup>

<sup>93</sup> Rolf Peter, Zwischen Konflikt und Kalkül. Die »nationale Frage« in Kasachstan, Frankfurt a.M. (Untersuchungen des FKKS, 20/1999).

<sup>94</sup> Zitat aus einem unveröffentlichten Manuskript von Reinhard Eisener über die Geschichte der »nationalen

Die Staatsoberhäupter Rußlands und Zentralasiens haben die Unantastbarkeit der bestehenden Territorialverhältnisse bekräftigt. Konstruktiv verliefen vor allem die Vertrauensbildungs- und Demarkationsprozesse entlang der ehemaligen sino-sowjetischen Grenze, die sich zur Kooperationsinitiative der »Shanghai Fünf« verdichteten. Daß die territoriale Ordnung der Region dennoch nicht vor Revisionskonflikten gefeit ist, auch nicht vor solchen auf offizieller zwischenstaatlicher Ebene, zeigen aktuelle Grenzstreitigkeiten zwischen Usbekistan und seinen Nachbarn, die in zeitlichem und teilweise kausalem Zusammenhang mit den Abwehrmaßnahmen gegen Terrorismus, Islamismus und Drogentransfer stehen. Die Staatsführer erkennen die Territorialordnung der »nationalen Abgrenzung« im Prinzip zwar an, sie vertreten aber divergierende Interpretationen über den »wirklichen Verlauf« der in sowjetischer Zeit mehrmals veränderten Demarkationslinien.

Die längste Landgrenze im postsowjetischen Raum, die Staatsgrenze zwischen Rußland und Kasachstan, wird kaum zur Frontlinie eines größeren zwischenstaatlichen Konflikts werden. Zwischen Regionen der Russischen Föderation und Provinzen Nordkasachstans wurden bilaterale Kooperationsverträge geschlossen und Handelsbeziehungen über eine noch kaum in Ansätzen befestigte Staatsgrenze hinweg gepflegt. Doch mit der Einführung verschärfter Kontrollmaßnahmen durch drei Regionalregierungen der Russischen Föderation (Orenburg, Saratow, Altai) im West- und Ostabschnitt der Grenze wurden im Januar 2001 Demarkationsprobleme publik.<sup>95</sup> Beschränkte Kasachstan zu Beginn seiner Unabhängigkeit Maßnahmen zur Grenzsicherung auf den 1660 km langen Abschnitt seiner Grenze zu China, fühlt es sich heute herausgefordert, der Gesamtlänge seiner Landgrenzen von insgesamt 14 000 km sicherheitspolitisch Rechnung zu tragen und seinen Grenzschutz gewaltig auszuweiten, wobei es auf einen gravierenden Mangel an Ressourcen stößt.<sup>96</sup>

Abgrenzung« in Mittelasien, das mir der Autor freundlicherweise zur Verfügung gestellt hat.

<sup>95</sup> Adil Kojikov, Almaty, in: RCA, 15.2.2001, www.iwpr.net, 20.2.2001.

<sup>96</sup> Kazakhstan Beefs Up Frontiers Despite Officer Shortages,

Die Grenzschutzpolitik Kasachstans und aller übrigen zentralasiatischen Staaten stößt aber auf ein noch kategorischeres Hindernis, auf das Bulat Sultanov vom Institut für Strategische Studien hinweist: »Unsere Grenztruppen können gar keine Operationen vornehmen, da dafür die Rechtsgrundlage fehlt.«<sup>97</sup> Denn außer der Grenze mit China sind alle übrigen Grenzlinien mit den Nachbarstaaten noch gar nicht juristisch fixiert.

Brisanter als Demarkationsprobleme mit Rußland, die vor einigen Jahren insbesondere durch Solschenizyns Streitschrift »Wie bauen wir Rußland auf?« aufgebauscht wurden, sind für Kasachstan ungeklärte Grenzfragen im Süden, besonders an der 1190 km langen Grenze zu Usbekistan. Usbekische Historiker erheben Anspruch auf einige Regionen Südkasachstans (Machtaral, Sarygasch, Tolebi, Turkestan und Sairan). Zu Beginn des Jahres 2000 machte sich eine usbekische Regierungskommission daran, diese Grenze in einigen Abschnitten neu zu bestimmen. Gleichzeitig häuften sich Klagen von Bürgern und offiziellen Stellen Kasachstans über Zwischenfälle, die angeblich von usbekischen Grenzposten provoziert wurden. Usbekistan ignorierte Proteste des kasachischen Außenministeriums und anderer Behörden, trat dann aber doch mit Astana in Verhandlungen über neue Demarkationspläne ein. Über rund 200 km der Grenze hat man sich inzwischen gütlich geeinigt. Die bilateralen Grenzverhandlungen werden voraussichtlich bis 2008 dauern. Usbekistan schlug bei seinen einseitig vorgenommenen Demarkationen zum Beispiel die zu 100% von Kasachen bewohnte Siedlung Bagys seinem Territorium zu. Die betroffene Bevölkerung wehrte sich vehement gegen diese Gebietsveränderung und befürchtete, die eigene Regierung in Astana könnte dem Begehren des Nachbarn nachgeben. Den historischen Hintergrund des Streits bilden widersprüchliche Demarkationsdokumente aus sowjetischer Zeit.<sup>98</sup>

Auch Analysen, die Warnungen vor einer Balkanisierung Zentralasiens zu Recht für überzogen und alarmistisch halten, warfen Usbekistan ein »increasingly aggressive cross-border behaviour« vor.<sup>99</sup> Denn nicht nur mit Kasachstan, sondern noch stärker mit Kirgistan, Tadschikistan und Turkmenistan stand

in: Times of Central Asia, 15.3.2001.

<sup>97</sup> Zitiert in: The Economist, 3.-9.3.2001, S. 75.

<sup>98</sup> Daur *Dosybiev*, Kazakh Village Defies Uzbek Government, in: Times of Central Asia, 15.5.2001.

<sup>99</sup> Steve *Levine*, Evaluating the Balkanization Threat in Central Asia, Eurasia Insight 18.3.2001, www.eurasianet.org.

Taschkent in den Jahren 2000 und 2001 im Streit um Grenzfragen. Die exponierte Stellung, die Usbekistan bei zentralasiatischen Grenzdisputen einnimmt, hängt natürlich mit seiner zentralen Lage in der Region zusammen. Es teilt Grenzen mit allen übrigen Staaten im ehemals sowjetischen Zentralasien, ist das einzige Binnenland der Erde, das ausschließlich von Binnenländern umgeben ist.

Auch zwischen Usbekistan und Kirgistan kamen seit 1999 Territorialstreitigkeiten auf. Angeblich sind 130 bis 140 Abschnitte der Grenze umstritten. Auch hier greifen beide Seiten auf unterschiedliche Quellen und Dokumente zurück: Usbekistan auf die Grenzziehung der Jahre 1924–1927, die große Teile der Provinz Batken seinem Territorium zuordnete, die kirgisische Seite auf spätere Demarkationsverhältnisse.<sup>100</sup> Diese Streitigkeiten wurden dadurch verschärft, daß Freischärler der IBU von Tadschikistan und Afghanistan aus auf die kirgisische Provinz Batken übergriffen, um sich dort Stützpunkte für Aktionen gegen Usbekistan zu schaffen. Taschkent forderte einen Korridor zu einer von Batken umschlossenen usbekischen Exklave (Gebiet von Soch) und war bereit, als Gegenleistung usbekische Gebietsteile an Kirgistan abzutreten. Für Usbekistan hat der geforderte Korridor sicherheitspolitische Bedeutung und soll eine effektivere Bekämpfung terroristischer und islamistischer Infiltrationen ermöglichen. Im Februar 2001 kamen die Regierungen der beiden Länder in einem Memorandum überein, die Streitigkeiten durch einen Gebiets-tausch beizulegen. Als diese Pläne im April dann durch eine Indiskretion bekannt und in der Lokalpresse Batkens veröffentlicht wurden, kam es zu einer Welle der Empörung. Der Gouverneur der Provinz wies darauf hin, daß die von Usbekistan zum Tausch angebotenen Gebiete für Taschkent weder ökonomisch noch strategisch von Bedeutung und zu 99% von Tadschiken besiedelt seien. Usbekistan würde durch den Korridor dagegen Kontrolle über einen Fluß (Soch) gewinnen, von dem die Irrigation der gesamten Provinz Batken abhängt. Bewohner Batkens äußerten in Protestschreiben an die Regierung in Bischkek die Befürchtung, ihre Heimat würde insgesamt in eine usbekische Enklave verwandelt. Daraufhin kam es zu heftigen Auseinandersetzungen im Republikparlament. Die Regierung wurde bezichtigt, dem Druck des mächtigeren Nachbarn nachgegeben zu haben. Ein Regierungsvertreter rechtfertigte das Vorgehen damit,

<sup>100</sup> Sultan *Jumagulov*, Kyrgyz MPs Rail against Border Deal, in: Times of Central Asia on the Web, 5.5.2001.

daß die zentralasiatischen Staaten bei der Behandlung territorialer Fragen mit äußerster Vorsicht und Diskretion vorgehen müßten und daß das beanstandete Memorandum lediglich eine Absichtserklärung gewesen sei. Abgeordnete aus Batken forderten, die gesamte Diskussion um die Enklave Soch müsse ein für allemal von der Tagesordnung verschwinden, um eine Explosion von Unzufriedenheit in der ohnehin frustrierten Provinz zu vermeiden.<sup>101</sup> Die Angelegenheit wurde zum Auftakt für eine politisch noch höher angesiedelte Territorialfrage, die diesmal den regionalen Rahmen überschritt und das Verhältnis zu China berührte.<sup>102</sup>

Kirgistan befindet sich derzeit in einem Demarkationsprozeß mit seinen Nachbarn Kasachstan, Usbekistan und Tadschikistan, der zur Hälfte als abgeschlossen gilt. Die Festlegung seiner 1100 km langen Grenze zu China wurde im vergangenen Jahr beendet. Gegenüber Tadschikistan beginnt die Festlegung der Grenzen in diesem Jahr.<sup>103</sup> Auch dieser Grenzabschnitt zählt zu den sensitivsten in Zentralasien. Nicht nur weil über ihn die ersten Einfälle von Freischärlern aus Tadschikistan und Afghanistan in das Ferganatal verliefen und hier zentrale Abschnitte der Rauschgift-routen von Afghanistan in den GUS-Raum liegen, sondern weil auch fast regelmäßig jeden Sommer Tadschiken und Kirgisen über Probleme der Wasser- und Bodenverteilung in grenzübergreifende Konflikte geraten. Der Grenzverlauf wird noch stärker als im usbekisch-kirgisischen Fall durch eine Vielzahl von Enklaven kompliziert. Das tadschikisch-kirgisische Grenzgebiet wurde nach den Vorfällen der letzten beiden Jahre zunehmend militarisiert. Bischkek hat den größten Teil seiner Streitkräfte hierhin verlegt und ebenfalls damit begonnen, Minen zu legen, durch die freilich weitaus eher tadschikische Zivilisten als Insurgenten gefährdet werden.

**101** Arslan *Koichiev*, Kyrgyzstan and Uzbekistan Map out Their Differences, in: Eurasia Insight, 5.3.2001, [www.eurasianet.org](http://www.eurasianet.org); ders., Batken Residents Furious over Secret Kyrgyz-Uzbek Deal, ebd., 25.4.2001; Times of Central Asia on the Web, 5.5.2001.

**102** Ein 1999 zwischen Präsident Akajew und seinem chinesischen Amtskollegen Jiang Zemin unterzeichnetes Dokument, in dem ein Territorium im Tian-Shan-Gebirge von angeblich 90 000 ha an China abgetreten wird, wurde zum Gegenstand heftigster Auseinandersetzung zwischen der Präsidialexekutive und dem Parlament. Es wurden sogar Forderungen nach Amtsenthebung des Präsidenten laut, da dieser in einer ratifikationsbedürftigen Frage am Parlament vorbei gehandelt habe.

**103** Times of Central Asia, 8.2.2001.

Die kritischste Grenze zwischen sowjetischen Nachbarstaaten in der Region bildet die zwischen Usbekistan und Tadschikistan. Auf sie trifft sowohl die historische und als auch die aktuelle Dimension des Problems in besonderem Maße zu. Die historische besteht darin, daß die in den 20er Jahren vorgenommene »nationale Abgrenzung« in Zentralasien nirgendwo umstrittener war als im Falle der Grenzlinie zwischen einer usbekischen und einer tadschikischen Gebiets-einheit. Die tadschikische Seite fühlte sich hier von Anfang an benachteiligt, weil in den mit der Abgrenzung betrauten Organen Usbeken dominierten. Das Verhältnis zum eigenen Staatsterritorium ist im Falle der Tadschiken gestört, liegen doch Zentren der kulturellen Identifikation wie die Städte Samarkand und Bucharra jenseits der Grenze zu Usbekistan. »The Tajik situation in some ways resembles that of post-colonial Africa. Tajiks have been given an impossible piece of territory with disparate population and have been forced to make a nation out of it.«<sup>104</sup>

Beim Zerfall der Sowjetunion wurde der territoriale Status quo von Duschanbe zwar nicht angefochten, aber das Unbehagen gegenüber potentieller Hegemonie Usbekistans blieb ein durchgängiges Thema in dem in Tadschikistan besonders schwierigen Prozeß der Nationsbildung nach 1991. Tadschiken werfen der sowjetischen Oberherrschaft über Zentralasien vor allem die Begünstigung Usbekistans vor und bringen einen Ausspruch Michail Kalinins vor dem ersten Kongreß der KP Usbekistans in Erinnerung: »Usbekistan, das über ein gewaltiges Potential, technische Möglichkeiten, die reichsten Städte des Orients und menschliche Ressourcen verfügt, muß in Zentralasien eine bedeutende Rolle, gewissermaßen die Rolle eines Hegemon, spielen, aber weil es so stark und mächtig ist, muß es erhebliches Taktgefühl in den Beziehungen zu seinen Nachbarn aufbringen.«<sup>105</sup> Daß es solches Taktgefühl in erheblichem Maße vermissen läßt, wird ihm vor allem von tadschikischen Autoren vorgeworfen.

Aus der Sicht Usbekistans wurden die Grenzen zu Tadschikistan zur strategischen Schicksalslinie für die

**104** Zitat eines amerikanischen Anthropologen in: Igor *Torbakov*, Tajik-Uzbek Relations: Divergent National Histories Threaten to Aggravate Tensions, <http://eurasianet.org/departments/culture/articles/eav061201.shtml>.

**105** Zitiert bei Zachir *Sabochi*, Dejstvija vlastej Uzbekistana po ochrane granic privodjat k mnogočislennym tragedijam [Die Grenzsicherungsmaßnahmen der Behörden Usbekistans führen zu zahlreichen Tragödien], in: Central'noaziatskie novosti, 28.3.2001, [www.ferghana.ru/news04/087.html](http://www.ferghana.ru/news04/087.html).

gesamte zentralasiatische Region, zur Verteidigungslinie gegenüber den von Afghanistan ausgehenden Chaoskräften, die sich bereits auf den Bürgerkrieg in Tadschikistan ausgewirkt hatten. Nach dessen Beendigung 1997 schwächte sich diese Sichtweise zwar ab, wurde aber mit den grenzüberschreitenden Aktionen der IBU im Sommer 1999 wiederbelebt. Usbekistan hat daraufhin gegenüber dem Nachbarland ein Visaregime eingeführt und Grenzabschnitte vermint. Da die Hauptverkehrslinien, die Tadschikistan mit der Außenwelt verbinden, durch Usbekistan verlaufen, wird das durch Krieg und Unterentwicklung infrastrukturell ohnedies geschwächte Land blockiert. Außerdem griffen Sicherheitskräfte und Armee Usbekistans bei der Bekämpfung der islamistischen Opposition mehrmals auf das Territorium des Nachbarlands über, dem Taschkent Versagen bei der Kontrolle über illegal bewaffnete Gruppierungen und bei der Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols vorwirft. Die bilateralen Beziehungen wurden immer frostiger. Usbekistan beschwert sich darüber, daß seine bewaffnete islamistische Opposition in Gestalt der IBU das Nachbarland als ihr Rückzugsgebiet benutzen kann, Tadschikistan klagt Usbekistan an, Tadschiken aus den Grenzgebieten zu deportieren, auch wenn diese nie mit den Aktivitäten islamistischer Guerilla in Berührung gekommen seien.<sup>106</sup> Außerdem sieht Tadschikistan es als eine Tatsache an, daß Taschkent einen Aufstandsversuch gegen die Regierung in Duschanbe im Nordteil des Landes im Jahr 1998 unterstützt hat.

**106** Report of Forced Deportation Could Heighten Tajik-Uzbek Tension, in: Eurasia Insight, 29.3.2001, [www.eurasianet.org](http://www.eurasianet.org).



## Komplexe Konfliktzusammenhänge: Überlagerung territorialer, ethnischer, religiöser, sozialökonomischer und ökologischer Krisenfaktoren

In Aussagen der Behörden über islamistische Tendenzen in ihren Ländern zeigt sich eine Überlagerung ethnischer und religiöser Faktoren, die besonders für eine Region wie das Ferganatal mit ihrem Gemenge aus usbekischen, kirgisischen und tadschikischen Bevölkerungsteilen charakteristisch ist (vgl. Karte auf vorangehender Seite<sup>107</sup>). Der Verdacht, mit staatsfeindlichen islamistischen Organisationen zu sympathisieren, trifft besonders ethnische Minderheiten in den jeweiligen Ländern: usbekische Bevölkerungsgruppen in Kirgistan, Tadschikistan und den dem Ferganatal nahen Südprovinzen Kasachstans und tadschikische Gruppen in den Grenzregionen Usbekistans.

Usbeken gelten als die devotesten Muslime in Kirgistan, dessen namengebende Nationalität sich selber ein »liberaleres« Verhältnis zur Religion zuschreibt. Islamistische Bewegungen haben in Südkirgistan an Boden gewinnen können, weil die Regierung bei der Aufgabe versagt hat, die hier besonders stark vertretene usbekische Bevölkerungsgruppe zu integrieren: »Viele Usbeken sehen sich geradezu gezwungen, auf der Suche nach Gerechtigkeit der HTI beizutreten. Es ist einfach ein Faktum, daß für viele Muslime das Kalifat ein Symbol für einen gerechten Staat darstellt«, urteilt ein Journalist über den usbekischen Faktor bei der Zunahme islamistischer Dynamiken in Kirgistan.<sup>108</sup> Ähnliche Integrationsprobleme stellen sich für Kasachstan im Hinblick auf die ethnoreligiöse Situation in seinen Südprovinzen und die dort lebende usbekische Minderheit. In diesen Grenzregionen wächst die Bedeutung von NROs für die Aufgabe vertrauensbildender Maßnahmen zwischen ethnischen Gemeinschaften.

Als Beispiel für die Vermischung nationaler Befreiungsbewegung mit Islamismus wird in der Region die »uighurische Frage« angeführt. Sie geht über den Rahmen des nachsowjetischen Zentralasiens hinaus und involviert den Nachbarn China, dessen uighurische Bevölkerungsgruppe (etwa sieben Millionen) in

der Autonomen Provinz Xinjiang-Uighur zunehmend in einen Zusammenhang mit Separatismus und Islamismus gebracht wird.<sup>109</sup> Diese Entwicklung zieht die uighurischen Minderheiten in Kasachstan (etwa 250 000) und Kirgistan (50 000–70 000) in Mitleidenschaft, da die dortigen Regierungen strikt darauf bedacht sind, über dieses Minderheitenproblem nicht mit Beijing in Konflikt zu geraten. Einige für die Befreiung ihrer Heimat von chinesischer Oberherrschaft agitierende uighurische Nationalisten waren in Kasachstan in Terrorakte verwickelt. Seitdem geraten in wachsendem Maße die hier im Exil lebenden Uighuren aus China sowie die in Kasachstan geborenen Angehörigen dieser Volksgruppe unter Terrorismus- und Islamismusverdacht. In Kirgistan wurden Strafprozesse gegen uighurische Aktivisten unter dem Rubrum des »religiösen Extremismus« und staatsfeindlichen »Wahhabismus« geführt.

Eine andere Überlagerung geht von ungeklärten Grenzverhältnissen aus. Zwischenstaatliche Territorialdispute verschärfen das Potential für Konflikte in ethnisch gemischten Grenzregionen. So wird die usbekische Minderheit in den kirgisischen Südprovinzen durch Spannungen zwischen Taschkent und Bischkek unter Druck gesetzt, denn diese verstärken den Argwohn Kirgistans gegenüber der Minderheit und stellen sie unter Separatismus-Verdacht. In Bischkek befürchtet man, daß Taschkent auf die Usbeken in Kirgistan einwirken könnte, um sie als Druckmittel für territoriale Forderungen benutzen zu können. Lokale Beobachter halten diesen Verdacht für unbegründet, warnen aber vor der Dynamik einer »self-fulfilling prophecy«: »Wenn die Regierung nicht aufhört, sie (die Usbeken) als potentielle Separatisten zu betrachten und nicht Maßnahmen zur Einbeziehung dieser Gruppe in politische Entscheidungsprozesse ergreift, dann kann die tatsächliche oder auch nur wahrgenommene Diskriminierung in eine separatistische Stimmung und die Hinwendung zu nicht gewünschten religiösen Strömungen umschlagen.«<sup>110</sup>

**107** Quelle: [http://www.reliefweb.int/w/fullMaps\\_Sa.nsf/luFullMap/1EBC51C66D9F9E5585256A8B0073F6B8/\\$File/ferghval\\_v3.pdf?OpenElement](http://www.reliefweb.int/w/fullMaps_Sa.nsf/luFullMap/1EBC51C66D9F9E5585256A8B0073F6B8/$File/ferghval_v3.pdf?OpenElement).

**108** Report of Forced Deportation Could Heighten Tajik-Uzbek Tension, in: Eurasia Insight, 29.3.2001, [www.eurasianet.org](http://www.eurasianet.org).

**109** Paul Goble, Another Islamic Threat in Inner Asia?, in: Turkistan Newsletter, 5 (6.6.2001) 094.

**110** Alisher Khamidov, Frustration Builds among Uzbeks in Southern Kyrgyzstan, in: Kyrgyzstan News, 27.3.2001.

Gefahr besteht in der Überlagerung von Grenzdisputen mit zwischenstaatlichen Konflikten, die aus der politisch und juristisch bislang unregulierten regionalen Wasserverteilung hervorgehen. Entlang der zentralasiatischen Flußläufe haben sich »upstream-downstream«-Konflikte gebildet, die Potential für die Eskalation zwischenstaatlicher Spannungen enthalten. Ein Mitglied des Instituts für Strategische Studien Kasachstans sieht in widerstreitenden Ansprüchen auf die Nutzung von Flußwasser eine »reale Bedrohung der regionalen Sicherheit«, und Experten von außerhalb der Region pflichten dieser Einschätzung nachdrücklich bei. Alle zentralasiatischen Staaten sowie Afghanistan beziehen ihr Wasser aus den Becken von Amu-Darja und Syr-Darja und haben divergierende Vorstellungen über die Nutzung. Die Verfügung über Wasserressourcen ist zu einem Hauptfaktor für die Wirtschaftsentwicklung der neuen Staaten geworden. Die Wassernachfrage ist im vergangenen Jahrzehnt noch um 25% gestiegen, dementsprechend auch der Zugriff auf das schon in sowjetischer Zeit weit überstrapazierte natürliche Wassersystem. An die hundert kleinere Flüsse und Nebenflüsse durchlaufen die heutigen Staatsgrenzen, ohne daß die Wasserrechte zwischenstaatlich geklärt sind. Nationale Gesetze und Dekrete können das dringend erforderliche regionale Nutzungsregime nicht ersetzen. Jede Republik hat die »Souveränität über Naturressourcen« in ihre nachsowjetische Verfassung geschrieben, ohne dabei zwischen nationalen und grenzüberschreitenden Wasserressourcen zu unterscheiden.<sup>111</sup> Das Problem hat auch eine überregionale Dimension und involviert China. Zwischen Kasachstan und China kam es zu Spannungen über Wasserentnahme aus den Flüssen Ili und Irtysch auf chinesischer Seite (Xinjiang-Uighur), durch die eine Industrieregion Nordkasachstans mit 2,5 Millionen Einwohnern in Mitleidenschaft gezogen wurde.

Bilaterale Vereinbarungen über den Austausch von Wasser und Strom gegen Brennstoffe haben sich angesichts der komplexen politischen und wirtschaftlichen Probleme zwischen rohstoffreicheren »downstream states« (Usbekistan, Kasachstan, Turkmenistan) und rohstoffärmeren, dafür aber an den Wasserquellen sitzenden »upstream states« (Kirgistan, Tadschikistan)

**111** »In Central Asia state media reinforce the opinion of national ownership over water resources and the public opinion is now supporting the idea. The concept of transboundary water resources is therefore extremely difficult to implement« (Iskandar *Abdullaev*, The Central Asian Water Pact, in: Times of Central Asia on the Web, 4.5.2001).

als unwirksam erwiesen. Schlimmer noch: zwischen Kirgistan und Usbekistan wurden die gegenseitigen Lieferbeziehungen als politische Waffe in einer Auseinandersetzung um Gebietsforderungen eingesetzt.<sup>112</sup> Für Usbekistan wird die Wasserfrage immer relevanter. Sein westlicher Landesteil, die Republik Karakalpakstan, erlangte im Jahr 2000 nur 42% seiner bisherigen jährlichen Wassermenge und litt unter einer existenzbedrohenden Dürre. Umgekehrt wächst bei den Nachbarn die Besorgnis, Usbekistan könne seine erheblichen Gasvorkommen als politisches Druckmittel einsetzen.<sup>113</sup>

**112** Usbekistan hatte im Winter 2000/2001 seinen Forderungen nach einem Korridor zur Enklave Soch mit der vorübergehenden Aussetzung von Gaslieferungen Nachdruck verliehen. Im Gegenzug drohte Kirgistan, dem Nachbarn Wasser aus dem Toktogul-Reservoir vorzuenthalten. Mit einem Ernteausfall von bis zu 300 000 Tonnen Baumwolle konfrontiert, versuchte Taschkent nun eiligst, die Wogen dieses Wasser-Gas- und Territorialkonflikts zu glätten, und nahm die Gaslieferungen wieder auf.

**113** Shavkat *Alimov*, Gas Guarantees Tashkent Political Leverage, in: RCA, No. 45, 20.3.2001, www.iwpr.net; Arslan *Koichiev*, Water Games Could Leave Central Asia High and Dry, 19.3.2001, www.eurasianet.org; Lola *Gulomova*, Water: The Future Apple of Discord in Central Asia, in: Times of Central Asia on the Web, 26.4.2001.



## Ausblick

Die vorliegende Studie wurde überwiegend vor dem 11. September 2001 verfaßt. Die Bildung einer weltweiten Allianz zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus – mit besonderer Ausrichtung auf die islamistischen Terrornetzwerke um Bin Laden und ihre Stützpunkte in Afghanistan – rückte nach den Anschlägen auf das World Trade Center und das Pentagon die zentralasiatische Region in den Mittelpunkt internationaler Diplomatie und Sicherheitspolitik. Schlagartig wurde ihre strategische Bedeutung erhöhte. Wie sehr sich die internationalen Beziehungen nach dem 11. September verändern, wird nicht zuletzt in dieser Region deutlich: Da wird – mit Duldung Rußlands – amerikanische Militärpräsenz in einer ehemaligen Sowjetrepublik (Usbekistan) aufgebaut; erstmals in ihrer Geschichte beziehen die USA militärisch Stellung in der zentralasiatischen Region, in die sie während des sowjetischen Afghanistankriegs zwar mit erheblichen Ressourcen, aber quasi »ballistisch«, aus großer Entfernung, eingegriffen haben.

Nach dem Wechsel der Präsidentenadministration im Jahr 2000 hatte die amerikanische Außenpolitik die Bedeutung der Region für die strategischen Interessen der USA eher herabgestuft. Einige Regionalexperten kritisierten Übertreibungen in der Einschätzung des Raums zwischen Pamir und Kaukasus für die nationalen Interessen der USA und legten ihrer Regierung nahe, nicht die Illusion einer westlichen Sicherheitsgarantie in den Staaten dort aufkommen zu lassen. Die Beraterin des neuen Präsidenten für diesen Bereich, Elizabeth Jones, erklärte im Frühjahr 2001, die kaspische Region gelte zwar weiterhin als eine amerikanische »Interessenzone«, weil sie über beträchtliche Energielagerstätten verfüge und der Hauptexportmarkt für Erdöl, der Mittlere Osten, instabil bleibe. Sie rangiere in der Prioritätenliste amerikanischer Außenpolitik aber deutlich hinter anderen Weltregionen – hinter China, einem immer noch »unvorhersagbaren Rußland« und einem unruhigen Mittleren Osten.<sup>114</sup> Die geographische Entfernung wurde stärker als zuvor zum Kriterium für die Einschätzung der eigenen strategischen Interessen und Möglichkeiten in diesem Raum erhoben. Auch wurde

erwartet, daß das Engagement Europas im kaspischen Raum zunimmt.

Im Gegensatz zu diesen Revisionsansätzen soll nun vor allem Usbekistan zum Hauptstützpunkt amerikanischer Militärpräsenz nördlich Afghanistans werden, wenn es sich auch vorbehält, daß von seinem Territorium keine unmittelbaren Kampfhandlungen gegen das Nachbarland ausgehen. Zwar ist das innenpolitische Risiko, das mit der Unterstützung der Anti-Terror-Allianz gegen die Taliban verbunden ist, in keinem zentralasiatischen Staat so groß wie im Falle Pakistans, das ein beträchtliches Potential islamistischen Protests unter Kontrolle halten muß. Aber frei von Risiken für die innere und äußere Sicherheit der Staaten ist diese Politik dennoch nicht. Usbekistan zog nach ersten Zugeständnissen an Washington Drohungen der Taliban auf sich. Turkmenistan und Tadschikistan laufen angesichts langer und poröser Grenzen zu Afghanistan und für den Fall langanhaltender Kampfhandlungen in dem Nachbarland Gefahr, durch Flüchtlingsströme destabilisiert zu werden. Deshalb erwarten die Staaten im Gegenzug, daß ihre Region für die Unterstützung der internationalen Anti-Terrorismus-Allianz langfristige Stabilisierungshilfen erlangt und nicht nur für die Dauer der militärischen Aktionen gegen das Talibanregime internationale Aufmerksamkeit erfährt.

Usbekistan verspricht sich von der militärischen Unterstützung der Allianz eine Rechtfertigung seines eigenen Vorgehens gegen Terroristen und Islamisten und die Unterlassung von Kritik an seiner Menschenrechtspolitik, Unterstützung bei der militärischen Ausschaltung der IBU sowie wirtschaftliche Vorteile. Besonders der erste Punkt deutet Ambivalenzen und Zielkonflikte an, mit denen westliche Politik in dieser Region nach dem 11. September verstärkt konfrontiert sein wird. Kollektive Bekämpfung von Terrorismus und radikalem Islamismus ist lange vor dem September 2001 zur sicherheitspolitischen Mantra in den hier behandelten Staaten und in der Zentralasienpolitik Rußlands und Chinas geworden. Dabei wurden Begriffe wie »Terrorismus« und »Islamismus« gleichgesetzt und Unterscheidungen zwischen gewaltsamen und gewaltlosen Regimegegnern verwischt. Vorsicht ist gegenüber der Vorstellung geboten, die zentral-

<sup>114</sup> Times of Central Asia, 17.4.2001.

asiatische Region mit fünf sowjetischen Nachfolgestaaten unterliege bereits einer durchgehenden Systemkonkurrenz zwischen Säkularismus und Islamismus, bei der andere als religiös fundierte Oppositionsbildung kaum noch zum Tragen kommt. Unter der Flagge der Abwehr »religiösen Extremismus« wurden zunehmend Kanäle für die Artikulation von Kritik an politischen und gesellschaftlichen Fehlentwicklungen verschlossen.

Die auf Afghanistan fokussierte Bedrohungsperzeption zentralasiatischer Staaten, durch Einfälle der IBU in die Grenzgebiete Kirgistans und Usbekistans in den beiden zurückliegenden Jahren verstärkt, wird nach dem September 2001 internationalisiert. Sie enthält neben der zutreffenden Wahrnehmung massiver Störwirkungen des afghanischen Konfliktherds auf seine regionale Umgebung jedoch auch Potential für verzerrte Darstellungen der Sicherheitslage in Zentralasien. Die Wahrnehmung islamistisch-terroristischer Infiltration aus dem Süden drängt langfristige, strukturelle, endogene Quellen regionaler Unsicherheit in den Hintergrund. Zu den Destabilisierungsquellen gehören mannigfache Fehlentwicklungen auf der innerstaatlichen Ebene, aber auch Spannungen auf der regionalen zwischenstaatlichen Ebene. In kaum einer anderen Region der Erde bestehen zwingendere ökologische, sozial-, ethno-, kultur- und territorialpolitische Anlässe für regionale Kooperation als in Zentralasien. Die zwischenstaatlichen Beziehungen waren bislang aber eher vom Gegenteil geprägt, von Argwohn und Konkurrenz, worüber die Beschwörung einer »gemeinsamen Bekämpfung von Terrorismus, Islamismus und Separatismus« nicht hinwegtäuschen darf.

OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
PfP	Partnership for Peace
RCA	Reporting Central Asia
RFE	Radio Free Europe
RL	Radio Liberty
UN	United Nations
UNDP	United Nations Development Program
VN	Vereinte Nationen

## Abkürzungen

ABC	Atomar, Biologisch, Chemisch
BIP	Bruttoinlandsprodukt
EU	Europäische Union
FKKS	Forschungsschwerpunkt Konflikt- und Kooperationsstrukturen in Osteuropa an der Universität Mannheim
GPO	Government Printing Office
GUS	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
HTI	Hezb ut Tahrir al Islami (Islamische Befreiungspartei)
IBU	Islamische Bewegung Usbekistans
ICG	International Crisis Group
IMET	Internationally Military Education and Training
IWPR	Institute for War and Peace Reporting (London)
KOFF	Kompetenzzentrum Friedensförderung (Bern)
NRO	Nichtregierungsorganisation